

Bezugspreis:

Wöchentlich 56 Goldplennig voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Ost- u. Westpreußen, Ostpreußen, Litauen, Ostgalizien, Österreich, Ungarn, Bayern, Baden, Württemberg, Elsaß-Lothringen, Ost- u. Westfalen, Mittel- u. Norddeutschland 1,20 Goldmark, für das übrige Ausland 1,45 Goldmark pro Woche. Kreuzbandbindungen nur gegen vorbestimmte Anzahlung. Goldbezugspreis für Februar 4.— Goldmark.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Gold und Zeit“ mit „Siedlung und Kleinstädten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293  
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 6. Februar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Einkaufskonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion  
der Postkontogewalt, Postfach Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:  
Die einseitige Nonpareille 0,70 Goldmark, Reklamezeile 3,50 Goldmark, „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 0,20 Goldmark (auflösl. zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark, Stellengeld des ersten Wortes 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 0,30 Goldmark, eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,20.  
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geschäftszeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

## Poincaré im Kreuzfeuer.

In der Kammer ergriff heute zunächst der Führer der Radikalen Herriot das Wort. Er wies darauf hin, daß Artikel 1 des Ermächtigungsgesetzes verfassungswidrig sei und gegen die Rechte der Kammer verstoße. Man müsse sich fragen, wie ein Jurist wie Poincaré der Kammer etwas Derartiges habe vorlegen können. Vielleicht sei er durch die Ruhrbewegung beunruhigt worden und habe infolgedessen seinen Ministern freie Hand gelassen. Ueberzeugte Republikaner, so gemahigt sie auch in ihren Anschauungen sein mögen, haben nicht das Recht, den Artikel 1 anzunehmen. (Beifall links.) Der Vorstoß gegen die Verfassung wird von der Regierung nicht einmal in der richtigen Weise unternommen. Denn wenn man die gesetzgebende Gewalt schon aus der Hand geben will, so könnte man sie dem Präsidenten der Republik, aber nicht der Regierung übertragen. Herriot weist alsdann die Unanwendbarkeit der von Poincaré zitierten Präzedenzfälle nach. Die nachträgliche Ratifizierung durch das Parlament nehme dem Ermächtigungsgesetz nicht seinen antikonstitutionellen Charakter. Die Garantie des Staatsrats könne keinem Republikaner genügen. Im ganzen 19. Jahrhundert habe man sich bemüht, die Rechte des Staatsrats einzuschränken. Die Bürger werden finden, daß es ein schlecht gewählter Augenblick wäre, wenn man dem Parlament gerade dann seine Rechte nehme, wo sich am Vorlage herausgestellt habe, daß eine Intervention notwendig war, um die Regierung zu zwingen, die notwendigen Maßnahmen in dem

### Skandal der bestellten Gebiete

zu treffen. (Zuruf links.) Der Ministerpräsident wird entweder eine Anzahl bei eidener Erparnisse vorschlagen, wazu ein Ermächtigungsgesetz nicht notwendig ist und die auch in einem schnell durchberatenen Haushaltsplan von der Kammer hätte erledigt werden können. (Beifall links) oder aber er beabsichtigt umfangreiche Reformen auf rechtlichem und verwaltungsmäßigem Gebiet vorzunehmen, und dann wird er auf unüberwindbare Hindernisse stoßen.

Der Redner tritt für die Zuständigkeit der örtlichen Körperschaften bei der Erledigung von Verwaltungsfragen ein und fragt nochmals, vom stürmischen Beifall der gesamten Linken unterbrochen, ob es nötig sei, daß das Land monatelang unter ein Regime gestellt werde, das diesen Zustand ausschalt. Herriot erklärt, daß Ermächtigungsgesetze, die nach der Verfassung nicht berechtigt seien, eine ernste

### Verletzung der wesentlichen Rechtsgarantien

darstellen und dem Land nur Enttäuschungen bringen würden. Am übrigen schließt sich der Redner den gestrigen Ausführungen des Sozialisten Paul Boncour an. Es sei gefährlich, gerade jetzt einen solchen Ausnahmezustand herbeizuführen. Er habe zwar Vertrauen zu der republikanischen Gesinnung Poincarés. Es Mitglied der Akademie gehörte Poincaré zwar zu den „Unserblühenden“, als Minister aber nicht. Die größten Schwierigkeiten werde man erst dann zu überwinden haben, wenn es gilt, das Ermächtigungsgesetz wieder abzuschaffen.

Poincaré ergriff das Wort: Nach der kräftigen Ergommung durch Herriot... (Beifall im Zentrum. — Protest im Zentrum). Poincaré: Wie soll man die Behauptungen eines Mannes nicht als persönliche nehmen, der erklärt, außer ihm und seinen Freunden gäbe es keine Republikaner. (Beifall im Zentrum. — Proteste links.) Poincaré fährt fort, nach der Aktion über Verfassungsrechte durch Boncour, nach der glänzenden rednerischen Gedankenspitze von Paul Boncour, nach den dröhnenden Worten Desprez wolle er die Kammer wieder zu den greifbaren Wirklichkeiten zurückführen. Die Regierungsvorlagen verletzten weder die nationale Souveränität, noch die Verfassung. (Zuruf links.) Er habe die Kammer nicht gebeten, ihr Diskussionsrecht aufzugeben. Für eingetragene Reformen sei keine Diktatur notwendig. In dem unsterblichen Monolog des „Faul“ heiße es: „Am Anfang war das Wort.“ Faust fährt dann aber fort: „Am Anfang war die Tat.“ Wenn so, fährt Poincaré fort, das Wort am Anfang steht, so ist dies, um die Tat zu erleichtern und nicht, um sie zu paralyzieren. Er sei der letzte, der die Entmündigung der Kammer verlange. Allerdings sage es im Interesse des Landes und der Kammer selbst, daß die Aussprache nicht allzu lange dauere. Es hänge von der Kammer ab, ob sie der Regierung ihr Vertrauen schenken werde. Aber die Regierung wüßte, daß das Vertrauen nur in voller Kenntnis der Sache gegeben werde.

Poincaré sagt weiter, Frankreich verlaufe Erparnisse. Das Ministerium habe in der letzten Woche bewiesen, daß es die parlamentarische Mitarbeit nicht fürchte, sie im Gegenteil suche. Abg. Boncour habe gestern der Regierung vorgeworfen, daß sie das Geld nicht bei den Kriegsgewinnern suche, aber gerade, um bei diesen neuen Reichen das Geld einzufassen, verlange die Regierung das Ermächtigungsgesetz. In den besetzten Gebieten könne niemand die Höhe der mißbräuchlich gehaltenen Summen befragen, bevor nicht ein kompetenter Ausschuß gesprochen habe. Jedesmal, wenn die erlassenen Dekrete den bestehenden Gesetzen widersprächen, werde man ihre Ratifizierung verlangen. Die Regierung sei der Vollstrecker des Willens des Parlaments und des Landes. Sie konzentriere den Willen, um ihn nicht zerstreuen zu lassen. Während des Krieges und nach ihm habe weder das Parlament noch irgendein Republikaner irgendeine Gefahr in diesem Vorgehen erblickt. Die öffentliche Meinung werde sehr enttäuscht sein, wenn das Parlament jetzt nicht rath zu einer Lösung gelangt. Er erkläre, daß diejenigen ihn beleidigten, die ihm der Verfassung widersprechende Hintergedanken unterstellten oder die darauf ihre Hoffnungen setzten. Nicht habe er daran gedacht, ein Regime der Dekrete einzuführen, nicht habe er niedergeschrieben, daß der Präsident der Republik das Recht habe, solange im Ministerrat Dekrete zu erlassen, die gesetzliche Kraft erlangen sollten. Das sei der

Mann gewesen, der den Rubikon habe überschreiten wollen. (Zuruf: Caillaux!)

Herriot verlangt das Wort, aber Poincaré fährt fort und erklärt, er wundere sich, daß man darüber erstaunt sei, daß er einen Politiker in die Debatte ziehe, der an der Schwelle gewisser Kongresse zu erscheinen pflege. (Herriot ruft: „Eine Partei, wie die meine, muß nach ihren öffentlichen politischen Akten beurteilt werden.“)

Ein Abgeordneter erklärt, Herriot habe sich längst mit Caillaux besprochen, der seine politischen Umtriebe fortsetze. — Herriot erwidert: „Mit aller Macht widersehe ich mich einem derartigen Spionieren, das sich mit meinen persönlichen Schritten beschäftigt (Die Linke applaudiert, aus den Reihen des nationalen Blocks ertönen ironische Zwischenrufe.) Es erfolgt ein

### heftiger Zusammenstoß zwischen Kriegsminister Magliot und den Kommunisten

Bosoni und Baillant-Couturier. Bosoni fragt, welche Tätigkeit der Kriegsminister abends ausübe. Der Kriegsminister fragt: „Was wollen Sie damit sagen?“ Bosoni antwortet: „In gewissen politischen Kreisen schreibt man Ihnen die Absicht zu, noch viel weiter zu gehen.“ Der Kriegsminister antwortet: „Das sind dumme Redensarten.“ Baillant-Couturier unterstützt Bosoni, worauf der Kriegsminister ruft: „Sie sind ein Elender, ich werde das beweisen und erklären, welches schmutzige Handwerk Sie vollbringen.“

### Poincaré versucht den Kriegsminister zu beruhigen.

Präsident Férret fordert den Abg. Bosoni auf, stillzuschweigen, und den Kriegsminister, diesen persönlichen Zwischenfall nicht zu verlängern, der Ministerpräsident wolle in seiner Rede fortfahren.

Poincaré erklärt, das Gesetz, das die Kammer heute beschließen habe auch Briand bereits eingebracht. Poincaré beruft sich auf einen Präzedenzfall von 1897, bei dem das Parlament die Regierung zur Durchführung der Maßnahme ermächtigt habe. 1916 seien ähnliche Maßnahmen getroffen worden. Der Einwand, daß damals Krieg gewesen sei, lasse sich damit beantworten, daß diese Maßnahmen bis 1922 vorbehalten worden seien, und heute noch habe die Regierung das Recht, gewisse Fälle durch eine Verordnung zu regeln. Die Regierung beabsichtige mit den geplanten Erparnissen nur das von der Finanzkommission bereits begonnene Werk fortzusetzen. Sie wolle auch in keiner Weise die wirtschaftliche Erholung des Landes beeinträchtigen, nicht den Beamten ihre wohlverdienten Rechte entziehen, sondern vielmehr den nationalen Aufschwung nicht durch eine rückständige Verwaltung, die mit zu vielen Beamten arbeite, hemmen. Poincaré erklärt, als er die Regierung übernommen habe, seien in den Ministerien bereits mehrere Unterstaatssekretariate aufgehoben gewesen. Er werde prüfen, was sich in dieser Hinsicht weiter tun lasse. Es wundere ihn, daß Herriot und Boncour die Republik für gefährdet hielten, und erklärten, kein Republikaner könne der Regierung Gefolgschaft leisten. Herriot und Boncour seien beide ausgezeichnete Republikaner, aber es käme ihnen nicht das Monopol des Republikanismus zu.

Poincaré schließt, indem er an eine Aeußerung Waldeck-Roussois erinnert, der 1896 eine Verbesserung des parlamentarischen Regimes verlangt habe, um rasch notwendige Reformen durchführen zu können. Im Interesse der Republik und der Freiheit verlange die jetzige Regierung, ihr die Mittel zum Handeln zu geben.

Abg. Jacoc unterstützt die Forderung der Regierung. Abg. Rog beantragt Schluß der Debatte und erklärt, er sehe eine große Gefahr darin, das von der Regierung vorgeschlagene Verfahren anzunehmen.

Danach wird der Antrag auf Schluß der Debatte über Artikel I mit 325 gegen 18 Stimmen angenommen und schließlich auf Verlangen Poincarés

mit 325 gegen 218 Stimmen

beschlossen, morgen vormittag fortzuführen.

## Das Echo der deutschen Pfalznote.

Paris, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die deutsche Protestnote wegen der Pfalz ist am Dienstagmorgen am Quai d'Orsay überreicht worden. Sie hat in der französischen Presse einen Wutausbruch hervorgerufen. Der „Temps“ schreibt besonders scharf; die Note sei zwar nur die Fortsetzung einer langen Serie deutscher Proteste, die Forderungen, die die deutsche Regierung darin stelle, seien aber diesmal ungewöhnlich scharf. Die Note sei um so weniger gerecht, als die französische Regierung in dieser Angelegenheit durchaus korrekt sei und eine Verständigung mit England über die Pfalz auf keinerlei prinzipielle Schwierigkeiten stoße. (?) Man müsse sich deshalb fragen, ob in Berlin die Veröffentlichung der Note erfolgt sei, um von einer französisch-englischen Verständigung zu profitieren oder um sie zu erschweren. Es sei wohl möglich, daß die deutsche Regierung in der bevorstehenden Einigung zwischen Paris und London sich den Anschein geben wolle, als habe sie Frankreich im letzten Augenblick noch wichtige Konzessionen abgerungen. Es sei aber auch ebenso gut möglich, daß die bisher von ihr gestellten Bedingungen einen neuen Konfliktstoff zwischen England und Frankreich haben schaffen wollen.

Der neuernannte deutsche Botschafter v. Hoersch wird in den nächsten Tagen Gelegenheit haben, Poincaré zu sehen und er wird diesen Anlaß benutzen, den seit einigen Wochen unterbrochenen Meinungsaustausch über die Regelung der in den besetzten Gebieten akut gewordenen Fragen wieder aufzunehmen.

## Italienischer Wahlkampf.

O. L. Rom, Ende Januar 1924.

Was sich in den kommenden zwei Monaten in Italien abspielen wird, fällt nur formell unter den Begriff des Wahlkampfes: eine Kammer ist aufgelöst worden, eine neue soll gebildet werden — da es sich um ein Land mit parlamentarischem Regime handelt, stellt sich das Wort „Wahlkampf“ ganz von selbst ein. In Wirklichkeit wird aber die neue italienische Kammer nicht durch Wahl gebildet, sondern durch ministerielle Ernennung. Im Ministerium des Innern könnte man bei einigem guten Willen schon heute die Liste der Abgeordneten vorlegen, die am Palmsonntag „gewählt“ sein werden. Man vergegenwärtige sich das italienische Wahlsystem einerseits, die Stellung der Exekutivgewalt andererseits, und die Genauigkeit dieser Behauptung leuchtet ohne weiteres ein.

Nach dem neuen Gesetz gilt in Italien das Prinzip der Mehrheitsvertretung. Diejenige Liste, die im ganzen Lande die absolute Stimmenmehrheit erzielt — und zwar darf diese absolute Mehrheit nicht weniger als 25 Proz. aller abgegebenen Stimmen betragen —, erzielt zwei Drittel aller Mandate. In das übrige Drittel teilen sich die Minoritätsparteien, die insgesamt das Vielfache der Stimmen der Mehrheitsliste haben könnten. Die herrschende Partei hat nun nicht nur, wie dies die Regierungslisten zur Zeit Giolittis hatten, die Regierungsorgane zu ihrer Verfügung, die Präfekten, die Polizei, die Carabinieri, sondern sie verfügt auch über eine 300000 Mann starke Parteimiliz, die bewaffnet ist und die jedwede Gewalttat als Amtshandlung vollziehen kann. Mit diesen Requisiten ausgestattet, hat also die Regierung von vornherein die Mehrheit in Händen; in der Tat ringt jetzt Mussolini, wie seinerzeit Jakob mit Gott, mit seinen Parteigängern um die Aufstellung der Mehrheitsliste, d. h. er stellt die Namen der zu ernennenden Deputierten auf, genau wie er dies bei den Mitgliedern des Senats zu tun hat. Beim Senat werden die vorgeschlagenen vom König ernannt; bei der diesmaligen Kammer erfolgt die Ernennung durch den kostspieligeren und umständlicheren Ritus einer Wahlhandlung.

Etwas wie ein Wahlkampf wird sich freilich bei der Besetzung der der Minderheit vorbehaltenen Mandate abspielen, aber auch hierbei hat der Faschismus dafür gesorgt, daß die Bäume überlebter demokratischer Gebräuche nicht in den Himmel wachsen. Auch ein Teil der Minderheitsvertreter werden diesmal vom Ministerium des Innern ernannt werden, und zwar durch das System der sogenannten „Seitenlisten“. Die Regierung sagt nämlich, in der unendlichen Großmut, die sie in allen und jedem an den Tag legt: wir beanspruchen durchaus nicht alle Sitze der Mehrheit für unsere Partei; wir nehmen Männer aller Parteien, sie müssen nur so lauter sein, so kompetent, so gewaltig und erhaben, wie das die Faschisten sind. Für diese Auserwählten, die man von Amis wegen in diese Siegerliste einträgt, will man aber Ersatz haben, und der Ausgleich wird auf die folgende Weise bewerkstelligt. Die Regierung erklärt, auch andere Listen gelten zu lassen, die sich um die Minderheitsitze bewerben, soweit sie nur nicht aus antinationalen Elementen bestehen. Um aber sicher zu sein, daß diese „Seitenlisten“ der Duldung und gar der Unterstützung würdig sind, sollen sie mit den Namen von Mitgliedern der faschistischen Partei gespickt werden. Das heißt, man bringt auf diese Weise auch in die Minderheitslisten Faschisten, man scheidet, dem Geiste des Gesetzes entgegen, Mehrheit und Minderheit derselben Partei!

Hiermit ist aber noch nicht erschöpft, was an tiefer politischer Unredlichkeit hinter dieser Wahlmacherei steckt, gegen die die Wahlvorbereitungen und der Rubhandel Giolittis ein reines Kinderpiel war. Denn die „bedeutendsten Männer anderer Parteien“, mit denen der Faschismus seine Mehrheitsliste garniert, haben die ausdrückliche Aufgabe der moralischen Bestechung und der politischen Verwirrung. Durch diese Namen will man antisfaschistische Wahlgebiete für die Mehrheitsliste ködern und wird sie ködern, mit absoluter Sicherheit, indem man gegen die in Frage stehenden Regionen einmal ihre Unwissenheit, dann ihre persönliche Abhängigkeit ausschaltet. Wie Giolitti, mit dem er ungeheuer viele Berührungspunkte hat, versteht es Mussolini, „aus allem Boullion zu machen“, wie das italienische Sprichwort lautet, von einem jeden kein Bestes und kein Schlechtestes zu nehmen und auszunutzen. Die Ausgenutzten und Beprellten sind in diesem Falle die süditalienischen Provinzen und die Inseln.

Bei allen früheren Wahlkreisen waren diese Gegenden das Feld, auf dem jedes Ministerium seine Majorität einheimste. Wegen ihrer rückständigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung — die ihrerseits mehr historisch und geographisch als ethnisch begründet ist — kennen der italienische Süden, ebenso wie Sizilien und Sardinien: keine eigentliche Parteibildung. Ihr ganzes politisches Leben, das einen mehr lokalen als nationalen Charakter hatte, baute sich auf dem persönlichen Anhang einzelner Männer auf, nicht auf Organi-

faktionen und Parteiprogramme. Diese einzelnen Männer pflegten ihren Wahlkreisen allerhand Vorteile zu sichern, sei es bei der Vergabe öffentlicher Arbeiten, sei es durch Begünstigung ihrer Wähler bei öffentlichen Bewerbungen u. dgl. Es handelte sich um eine noch primitive Form des politischen Lebens. In ein derartiges politisches Milieu brach nun im Faschismus eine neue, aber ebenfalls primitive Form der politischen Machtentfaltung ein, nämlich die der Gewalttat, die des Knüppels. Und sie schlug unter der Bevölkerung des Südens und der Inseln nicht an. Diese Leute verstanden es auch, die Gewalt zu handhaben und waren nicht gewöhnt, sich von ihr einschüchtern zu lassen. Die ewig Anpassungsfähigen gingen natürlich auch hier zum siegenden Faschismus über, wie sie zum siegenden Sozialismus oder Merkantilismus übergegangen wären. Die Mehrheit der Bevölkerung blieb aber dem Faschismus in tiefster Seele feindlich und läßt sich von ihm nicht niederknüppeln.

Selbst den primitiven südlichen Provinzen waren die Methoden des Faschismus zu primitiv. Nun kann aber die Regierung des Südens nicht entraten. Sie kann wohl einzelne, aber nie die Masse durch Bestechung gewinnen. Daher hat sie die repräsentativen Männer des Südens bei ihrer Schwäche gefaßt, ihrer Eitelkeit und Charakterlosigkeit, und die Wählermasse bei ihrer Anhänglichkeit an ihre Vertreter. Auf diese Art wird der Kammerpräsident De Nicola und der frühere Ministerpräsident Orlando, die beide nicht Faschisten sind, als Vorkämpfer auf der Faschistenliste erscheinen. Sogar der frühere Unterrichtsminister Rasi, der durch seinen Prozeß wegen Unregelmäßigkeiten im Amt bekannt ist, scheint dem Faschismus seine getreuen Wähler der Provinz Trapani zuführen zu wollen. Wenigstens hat ihm die Regierung all seine ihm wegen der Verurteilung aberkanntem Orden wieder zugesprochen. Der Faschismus vollzieht seine Wahlbestechung im Süden auf die allerunmoralischste Weise, indem er die Führer gewinnt und durch sie die Masse nach sich zieht, die so, ohne es zu wissen, den faschistischen Angehörigen schlachtet, an dem der lokale Köder steckt. Dieses Manöver nennt dann der Faschist ein Verzicht auf die Vorteile, die ihm das Gesetz bietet, wenn er Hilfe der Mehrheit den Nichtfaschisten anbietet. Und dieser erhabene Verzicht gibt ihm dann das Recht, durch den Trick der Seitenlisten die Nation um ihr Recht auf Minderheitsvertretung zu prellen.

So widerwärtig übrigens diese Ausprägungen „faschistischer Gradheit und solbatischen Draufgängertums“ auch sein mögen, so haben sie bei der bevorstehenden Ernennung der „italienischen Volksvertretung“ keine eigentliche praktische Bedeutung, denn von einer Möglichkeit der Opposition, sich bei der bevorstehenden Schlacht zur Geltung zu bringen, kann gar nicht die Rede sein. Nach der Kostprobe, die die erste sozialistische Wahlversammlung, die in Genua am 27. Januar stattfinden sollte, geliefert hat, wird es sich diesmal mehr um ein Schlachten als um eine Schlacht handeln. In Genua wollten die Einheitssozialisten sich über ihre Wahlhaltung auseinandersetzen, wozu eine private Versammlung von der Polizei erlaubt worden war. In diese drangen die Faschisten ein, mit Knüppeln und Revolvern, schlugen auf alle ein, so daß einige 50 Personen verletzt wurden. Unter den Verwundeten befindet sich der sozialistische Abgeordnete Gonzales, der schon in Mailand bei der Demonstration für die Kriegsgesessenen mit knapper Not dem Tode entgangen war. Verwundet wurde auch jener Marineingenieur Raffaele Rossetti, der den österreichischen Panzer Viribus Unitis versenkt hat und dafür mit der goldenen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet wurde, die man seinem Mut und seiner Ritterlichkeit (er ließ der ganzen Mannschaft Zeit, sich zu retten, von welcher Möglichkeit nur das hohe Pflichtbewußtsein des Kommandanten nicht Gebrauch machte) zubilligen muß. Auch ihm passiert es jetzt schon zum drittenmal, sich als Zielscheibe des faschistischen Knüppels zu sehen. Zum Schluß befahl die faschistische Miliz den Saal, und die Faschisten verherrlichten ihren „Sieg“ und erklärten durch den Mund eines ihrer „repräsentativen Männer“, des Abg. Grandi, daß sie

Diskussionen erst nach den Wahlen dulden würden. Das ist eine unzweideutige Formel der Orgie, die sich zwei Monate lang unter dem Namen des Wahlkampfes in Italien abspielte wird.

Uebrigens hat auch Mussolini selbst seine endlose und ermüdende „Festrede“ im Palazzo Venezia mit der nachstehenden „frohen Botschaft“ geschlossen: „Ich schwöre bei dem Andenken an unsere Märtyrer, daß wir gestern wie heute, heute wie morgen, bereit sind, totzuschlagen, wenn es sich um das Vaterland und den Faschismus handelt, totzuschlagen und zu sterben.“ Er hat weiter verkündet, daß die Miliz weiterbestehen würde, in alle Zukunft und daß die Gewalttaten von faschistischer Seite nur eine Folge der Opposition wären. Ohne Opposition keine Gewalttat! Wie kann man ehrlicher Frieden anbieten?

Man fragt sich nun, ob es wirklich unvermeidlich ist, daß die antifaschistische Opposition durch Beteiligungen am Wahlkampf diesem den Schein einer legalen und konstitutionellen Neugestaltung geben soll?

#### Keine Einheitsfront der Arbeiterparteien.

Mailand, 4. Februar. (CP.) Die marxistische Parteileitung hat in Mailand von dem Mißerfolg ihres Vorschlages zur Bildung eines Blocks der Kommunisten, Sozialisten und Einheitssozialisten zur Stimmhaltung bei den Wahlen Kenntnis genommen. Die kommunistische Partei teilte in einem Briefe mit, daß sie an den Wahlen aktiv teilzunehmen gedenke. Die Sozialisten lehnen ein Zusammengehen mit den gemäßigten Einheitssozialisten ab und haben beschloffen, mit eigenem Programm und eigenen Listen in den Wahlkampf einzutreten. In einem Aufruf an die Parteimitglieder erklärt die Parteileitung, sie hoffe, daß die drei Einheitsparteien das gemeinsame Ziel auch getrennt erreichen würden.

### Vorstoß gegen die preussische Regierung?

#### Wahlmacht!

Die deutschnationale Presse mit Einschluß der D.N.Z. führt seit einiger Zeit den Kampf gegen die große Koalition mit besonderer Schärfe. Daß dabei auch wieder einmal die angeblich einseitige Personalpolitik des Innenministers Seevering in Ostpreußen herbeigeholt, versteht sich von selbst. Beiläufig berühren muß es, wenn nunmehr auch die Deutsche Volkspartei offiziell in die Hezge eingreift und — sich auf die Seite der deutschnationalen Schreiber schlägt. So haben die ostpreussischen Volksparteiler auf einer Vorstandskonferenz in Königsberg eine Resolution gefaßt, in der schärfste eine Aenderung des Kuriers der preussischen Politik in den Personalfragen und unter Umständen sogar ein „anders orientiertes“ Kabinett gefordert wird. Die „Zeit“ gibt diesem Vorstoß eine besondere Bedeutung, indem sie schreibt:

„Es geht in der Tat nicht länger an, daß man dauernd aus parteipolitischen Beweggründen einer politisch ganz anders eingestellten Bevölkerung meist sozialdemokratische Verwaltungsbeamte aufzwängt.“

Auch der „Zeit“ ist natürlich bekannt, daß in Ostpreußen — leider — nach wie vor die deutschnationalen Beamten bei weitem überwiegen und daß es sich bei „Neueinstellungen“ hauptsächlich um Mitglieder des Zentrums und der Demokraten handelt. Da man nicht annehmen kann, daß sich die „Volkspartei“ als solche zu der widerwärtigen persönlichen Hezge gegen die Sozialdemokratie hergibt, wäre der Vorstoß rätselhaft, wenn man nicht wüßte, daß die Volksparteiler in Ostpreußen mit ihrer deutschnationalen Konkurrenz einen sehr schweren Stand haben und sich deshalb reaktionärer stellen als die deutschnationale Partei. Es scheint also, daß die Volkspartei mit diesem Vorstoß versucht, sich für die Wahlen bei ihren ostpreussischen Wählern in angenehme Erinnerung zu bringen. Diesen Luftstich kann man nicht gerade als rühmlich und geschickt bezeichnen. Er ist für den Personalpolitik zu ändern.

### Der Beamtenabbau in Preußen.

Ein neuer Entwurf — Verminderung um 25 Proz. — Ein Einspruchsaußschuß für Berlin.

Nachdem im Hauptauschuß des preussischen Landtages eine Einigung über den Regierungsentwurf des Beamtenabbaugesetzes nicht erzielt werden konnte, hat die preussische Staatsregierung von sich aus einen neuen Entwurf ausgearbeitet und diesen dem Ständigen Ausschuß des Landtages zugewiesen. Dieser neue Entwurf, der einen Ausgleich zwischen den Forderungen der Beizsetztretung und der Auffassung der Staatsregierung darstellt, schreibt vor, daß von den Beamten und Angestellten des preussischen Staates und der preussischen Gemeinden, gemessen am Stande vom 1. Oktober 1923, mindestens 25 Proz. zur Entlassung kommen müssen, 15 Proz. davon bis zum 1. April 1924. B. damit, die das 58. Lebensjahr vollendet haben, können ihre Veretzung in den Ruhestand beantragen. Wer innerhalb von 6 Monaten nach Inkrafttreten der Verordnung sein Ausscheiden aus dem Staatsdienst von sich aus beantragt, erhält als Abfindungssumme im 2. und 3. Dienstjahr das Zweifache des letzten Monatsgehalts, im 4. und 5. das Dreifache und so fort bis zum achtzehnten Monatsentkommen bei über 14 Dienstjahren. Ueber die Verminderung der Zahl der Lehrer und Beamten der Unterrichtsverwaltung sind Sonderbestimmungen vorgesehen.

In Berlin wird ein Einspruchsaußschuß aus richterlichen Beamten eingesetzt, die von den Präsidenten des Kammergerichts und des Oberverwaltungsgerichts sowie vom Staatsministerium ernannt werden. Dieser Ausschuß hat die Aufgabe, Ungechtigkeiten bei der Durchführung des Personalabbaus zu vermeiden, indem bei ihm von den zur Entlassung kommenden Angestellten und Beamten Berufung eingelegt werden kann.

Der Gesetzentwurf sieht dann außerdem eine Einstellungsperre vor. Danach darf niemand in den unmittelbaren Staatsdienst als Beamter oder Beamtenanwärter berufen werden, solange die vorgeschriebene Personalverminderung nicht durchgeführt ist. Dasselbe gilt für Angestellte und Arbeiter. Ausnahmen sind in diesem Falle nur zulässig, wenn es sich nur um eine vorübergehende, zur Erfüllung außerordentlicher und zwingender dienstlicher Bedürfnisse notwendige Beschäftigung handelt, oder mit Zustimmung des Finanzministers, wenn die Einstellung durch zwingende dienstliche Bedürfnisse geboten ist.

Die Zahl der Arbeitnehmer soll soweit vermindert werden, wie die Verhältnisse der Verwaltung es erfordern. Bei Betriebsverwaltungen ist auf die Wirtschaftlichkeit besondere Rücksicht zu nehmen. Auf Arbeitnehmer, die mindestens 12 Jahre ohne größere Unterbrechung im Dienst des Reiches, der Länder oder der Gemeinden beschäftigt sind, soll angemessene Rücksicht genommen werden. Die Kündigungen haben spätestens am ersten Werktag eines Monats zum Monatsende zu erfolgen. Entgegenstehende gesetzliche oder vereinbarte Bedingungen treten mit der Maßgabe außer Kraft, daß kürzere Kündigungsfristen wirksam bleiben.

Im allgemeinen wird bei dem Abbau davon ausgegangen, daß Arbeitnehmer vor Beamten auszuwählen sind, wenn sie im wesentlichen gleichartige Dienste verrichten. Der Schluß der Beförderung behandelt die Kürzung von Versorgungsbezügen bei Privatentkommen.

### „Republikanische Partei Deutschlands“.

Unter diesem Namen hat sich eine neue Vereinigung gebildet, die sich zur demokratischen Einheitsrepublik bekennet und der Schwerindustrie wie dem Großhandelsstand den Kampf ansetzt. Sie veröffentlicht einen Aufruf in diesem Sinne, der wahrscheinlich den „Volkszeitungs“-Redakteur Bietter zum Verfasser hat. Ob sie wirklich eine Partei wird, muß die Zukunft lehren, an sich ist ja das Bedürfnis Deutschlands nach neuen Parteien nicht sehr groß.

Unter den Unterzeichnern finden wir u. a. folgende bekannte Namen: Dr. h. c. Wilhelm Bosh, Stuttgart, Major Endres, Stuttgart, Hans Gehmann, Artur Heichen (Berliner Tageblatt), Erich Koberig, Willibald Kraus, Kriminalkommissar Lehner, Walter Wehring, Professor Stier-Somlo, Köln und Friß v. Unruh.

### Irische Komödie.

Prüchtig war dieser Abend im Lustspielhaus. A. H. Sänge ist voll von Witz, Volkstümlichkeit und Humor. Seine Komödie „Der Held von Westerland“ wimmelt von grandioser Dardheit. Nichts ist gefälliger, alles kommt heraus aus der besten Laune und Beherrschung des Lebens. Bauernblut durchdringt die Adern dieses Landsmannes von Bernhard Shaw. Sänge schreibt, daß in seiner Heimat noch gesunde Menschen wohnen, die sich am ursprünglichen Spas erbauen und nicht die Operette brauchen, wenn sie lachen wollen: Er wenigstens braucht sie nicht. Sein Held von Westerland ist ein toller Kerl. Kaufen er sich eines Tages mit seinem verstorbenen Vater herum, hebt er eines Tages den Lorbeer auf, um dem toternden Alten den Schädel einzuschlagen. Er glaubt, daß die Fußstöße wirklich im Dreck liegen geblieben ist. Nun macht er sich auf die Sohlen, damit sie ihm nicht den Strich um den Hals legen, wenn sie den Vatermörder paden. Und nachdem er 10 Tage getipelt ist, kommt der Trost für seine wunden Füße und sein mündes Herz. Im Dorf, das 10 Tagemärsche weit von seinem eigenen Dorf liegt, kaufen die Kerle genau so wacker wie in seinem Vaterhaus. Sie kaufen gerade eine Belade in den Himmel. Darum ist es besonders feierlich. Und die Mädchen in dem Dorf und auch die Witwen, die noch nicht allein schlafen wollen, sind physisch nährlich nach dem Vatermörder, der aus Verzweiflung die Lorbbade hochhob, der aber auch sonst famos in den Gliedern steht und beim Dorreiten als erster durchs Ziel läuft. Dieser Vatermörder ist ein herrlicher Kerl, Ziel für alle Weiberfrauen, alle weichen Weiderarme, alle aufgeschmeizenen Weiberherzen. Was tut Gott? Der Alte zu Haus war gar nicht tot hingelassen. Er hatte nur eine Nierenbräuse in den Schädel bekommen. Der Sauffad macht sich bald auf den Weg, um den Schlingel von Sohn einzuholen und tüchtig zu vermalen. Er kommt gerade recht, als der Junge und vermeintliche Wäber zur Hochzeit geführt werden soll. Da hängt erst der richtige Spas an. Vater und Sohn kriegen sich wieder in die Haare. Noch einmal hebt der Junge die Lorbbade. Diesmal hat es wahrscheinlich gefessen. Denn sie binden ihn ringsherum, um ihn zum Henker zu schleppen. Nein, auch diesmal sieht der Alte wieder auf und diesmal kommen Vater und Sohn freundschaftlich zueinander. Nur wird der alte Sauffad in den Raden genommen, damit ihn der Junge, der ein braver Kerl sonst ist, noch für seine letzten Lebensstage zur Rächternheit erzieht, und damit die ganze Moral nicht fehle, all die lästernen Mädchen und auch die dralle Witwe haben das Nachsehen. Der Schlingel, den sie schon in der Schlinge wählten, entwirft ihnen, um ein Mann zu werden.

So, wir haben etwas Neues und Fröhliches kennen gelernt. Es rumort und es blüht vom Volk in den Dächern hinein. Er geniert sich nicht, die Dinge geradewegs zu nennen. Jirtus, Clownerie, Selbstoffenheit, Freigedanktheit, alles das beherrscht er. Er froht, es ist eine Freude, daß man ihm begegnen durfte. „Die Truppe“

spielte den irischen Dramatiker mit Wohlgefallen. Heinz Hilpert hatte köstliche Einfälle. Die Komik der wippenden Gesäße, die dem Publikum zugewendet werden und die Bewegungen der Reinpferde auf der Rosendahn nachmachen, das ist gemiß ein gewagter Spas. Aber man juchzte auf vor Vergnügen, weil es so broßig war. Ungeheuer lustig war der alte Sauffad des Herrn Stekel, und mit ihm reungte, rülpste, torkelte und taumelte eine ganze Souffurpanee, kostbar gedrillt, über die Bühne. Den Jungen, der aus einem Wäber ein ordentlicher Mann wird, spielte Ernst Martens, treuherzig, ohne allzu große Geipreißheit und Sentimentalität. Dogny Serwaes übertrieb ein bißchen in ihrer Rolle des verrückten und vertriebenen Frauenzimmers. Aber sie wirkte trotz der Entgleisungen sehr famos. Max Hochdorf.

### Vom Scheintod.

Der Scheintod ist ein Zustand, der die Phantasie der Dichter viel beschäftigt hat und anglische Gemüter zu allen möglichen Vorsichtsmaßregeln veranlaßt, um nicht bei lebendigem Leibe begraben zu werden. Heute ist die Feststellung eines einmaligen Scheintodes durch die staatlichen Vorsichtsmaßregeln ziemlich gewöhnlich, aber dieses täuschende Scheinbild des Todes bleibt doch ein rätselhafter Vorgang, der die Wissenschaft eingehend beschäftigt hat.

In einem Aufsatz über die neuesten Methoden der Wiederbelebung, den D. Bruns in der „Klinischen Wochenschrift“ veröffentlicht, beschäftigt er sich eingehend mit dem Scheintod und nennt ihn „ein totantes Leben“, ein Zustand, dem die Kriterien des Lebens, nämlich Reizbarkeit und Stoffwechsel, auf den ersten Anblick zu fehlen scheinen. Beim Scheintode sind weder Herzaktivität noch Atmung wahrzunehmen. Es ist daher irrig, den Eintritt des Todes von dem Augenblick an zu datieren, in der Atmung und Herzschlag aufgehört haben. Auch die Lebensfähigkeit der Nervenzentren erlischt durchaus noch nicht mit dem Augenblick, in dem der Blutkreislauf zum Stillstand gekommen ist. Mit Bestimmtheit kann der Tod erst dann festgelegt werden, wenn Totenstarre und Totenflaute einwandfrei nachweisbar sind. Die Totenstarre tritt gewöhnlich nach zwei Stunden, bei gewalttätigen Todesfällen schon nach einer Stunde ein. Man hat also die Verpflichtung, sagt Bruns, „den leblos aufgefundenen Menschen so lange nach allen Regeln wiederzubeleben, solange jene Zeichen noch nicht vorhanden sind. Die Notwendigkeit lange fortgesetzter Wiederbelebungsversuche erhebt ferner aus Beispielen abnorm langer Dauer des Scheintodes, und zwar bei Kohlenoxyd- und Morphiumvergiftungen ebenso wie bei Erhängten, Ertrunkenen, Ertrunkenen und anfallscheinend Verbauten. Bei diesen Fällen werden gelegentlich bis 20 Stunden lang weder Atem noch Herzaktivität beobachtet. Und doch können einzelne nachher wieder zu sich und wurden 3. T. wieder völlig gesund.“ Diese späten und doch völlig gelungenen Fälle der Wiederbelebung lassen sich nur aus einer sehr starken Herabsetzung der Lebensvorgänge erklären. Wenn man beim Totenstarre Herz- und Atemstillstand durch Ertrinken und gleichzeitige Paralyse erzeugt, so konnte Leben und Gesundheit noch bis zwanzig Minuten nach Eintritt des Scheintodes wiederhergestellt werden. Durch die Kälte ist der Stoffwechsel auf ein Minimum erniedrigt,

und alle chemischen Umsetzungen werden außerordentlich herabgesetzt. Es sind ganz ähnliche Vorgänge, wie sie beim Winterschlaf der Tiere beobachtet werden. Wehentlich dürften auch die Verhältnisse bei den lebendig begrabenen indischen Fakiren liegen. Beim Menschen ist wohl der längste beobachtete Scheintod der einer morphiumvergifteten Schwelmer, die 24 Stunden lang scheintot war, und zwar hat hier die Wirkung des Narkotikums zusammen mit der winterlichen Kälte die Lebensvorgänge auf ein Minimum herabgesetzt.

Barnays Campenlieder. Daß das sogenannte „Campenlieder“ nicht nur ein Leiden künstlerischer Anfänger oder solcher Bühnenkünstler ist, die ihrer Wirkung auf das Publikum nicht sicher sind, beweist der in diesen Tagen verstorbene Ludwig Barnay. Barnay ist kein ganzes Künstlerleben lang außerordentlich an Campenlieder, und er hat sich selber darüber folgendermaßen ausgesprochen: „Zu allen Zeiten war ich vor meinem Auftreten außerordentlich aufgeregt, eine Aufregung, welche sich merkwürdigerweise bis zum Betreten der Bühne fortwährend steigerte, während sie sofort verstand, sobald ich die ersten Worte meiner Rolle gesprochen hatte. Dieses nicht zu erklärende Gefühl ängstlicher Aufregung vor dem Auftreten ist bis in die allerletzte Zeit meiner künstlerischen Wirksamkeit niemals losgeworden. Schon tagsüber war ich in der Regel ganz untraktabel, am Mittage konnte ich nur sehr spärlich Nahrung zu mir nehmen und in den Nachmittagsstunden bis zur Theaterzeit war ich einfach ungenießbar und nicht fähig, mit irgend jemand zu verkehren. So habe ich an Tagen meines Auftretens oft vierzig Jahre hindurch ein wahres Martyrium durchgemacht.“

Kunstpreise der Stadt Wien. Der Gemeinderat hat am 27. April 1923 beschlossen, daß die Stadt Wien eine Anzahl von Kunstpreisen jedes Jahr verleihe soll. Die Verleihung in einer Sitzung des Gemeinderatsvorschusses für öffentliche Verwaltungsangelegenheiten Stadtrat Richter über die Bestimmungen, nach denen diese Kunstpreise zu verleihe sind. Er bestimmte, daß für hervorragende Werke der Kunst, der Dichtkunst und der bildenden Kunst drei am 1. Mai eines jeden Jahres zu verleihe Preise geschaffen werden sollen, die für das Jahr 1924 mit je dreißig Millionen festgesetzt und weiterhin alljährlich von der Gemeinde Wien gleichmäßig dotiert werden. Für jedes der drei genannten Kunstgebiete ist ein Preis bestimmt, der auf drei Bewerber derart aufzuteilen ist, daß für das beste Werk drei Schicksel, für das zweitbeste zwei Schicksel und für das drittbeste ein Schicksel des jeweiligen Preises entfallen. Die Bewerber um diese Preise soll nur in Wien leben und wirkenden Künstlern offenstehen. Die Preise werden auf Grund der Vorschläge eines Preisrichterkollegiums, für das der Bürgermeister aus jedem Kunstgebiet drei Mitglieder ernannt, durch den Stadtsenat zuerkannt. Die Geschäftsstelle für das Preisrichterkollegium ist die Direktion der städtischen Sammlungen. Die Antzode wurden einstimmig angenommen. Die Vorlage wird bereit von der nächsten Gemeinderatsitzung behandelt werden.

Zum Calotzvorzug des Gen. Dr. Gullmann am Sonntag nachmittags sind Eintrittskarten zum baldigen Preis (50 H.) in der „Vorwärts“-Buchhandlung schon jetzt zu haben.

Der Vorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei hat in den letzten fünf Monaten nicht weniger als vier seiner Mitglieder durch den Tod verloren...

Franz Krüger gehörte zu denen, deren Verhältnis zur Partei mit dem Wort „Treue“ nicht erschöpft ist. Er war einer von denen, für die sich das Sozialdemokratentum von selbst verstand als etwas...

Solche Führerqualität kann durch guten Willen und idealen Schwung allein nicht erreicht werden. Politischer Schorfblick, nüchternster Tatsachensinn...

Als Vorsitzender war er unübertrefflich. Rechte seine Unerfahrenheit in erregten Zeiten auch manchmal anderen, die anders wollten als er...

Die höchste Probe dieser Tüchtigkeit legte Franz Krüger in jenen stürmischen Märztagen von 1920 ab, in denen die Berliner Arbeiter, schockiert durch ihren grandiosen Generalsstreik...

So beschloß Franz Krüger alles, was ihn dazu fähig machte, Führer der Sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins in der schwierigsten Zeit zu sein...

Früh gestorben, mag er über den Tod weiterwirken als ein Vorbild für die Jugend, deren die Sozialdemokratie bedarf, um ihre hohe Mission zu erfüllen...

Krügers Lebenslauf.

Franz Krüger war am 1. Januar 1887 in Königsberg i. Pr. geboren. Nach der Entlassung aus der Volksschule war er zunächst 2 1/2 Jahre als Gehilfe des hiesigen Schriftstellers Prof. Siegfried in Königsberg tätig...

Bei den Wahlen von 1919 entsandte ihn der Wahlkreis Potsdam in die Nationalversammlung. Ein Jahr später bei den Reichstagswahlen unterlegen, wurde er dann 1921 in den preussischen Landtag gewählt.

Krüger wurde 1920 in den Parteivorstand gewählt, um besonders agitatorisch nach außen hin zu wirken und die Organisation der Beamten zentral zu leiten.

Wald nach der Revolution wurde Franz Krüger mit dem Range eines Ministerialdirektors zum Leiter des Bureau des Reichspräsidenten berufen, welchem Amt er bis Mitte 1920 versah.

Kurz nach dem Parteitag von Nürnberg hatte ein schweres Nervenschicksal mit Bähmung der unteren Extremitäten Franz Krüger auf das Krankenlager geworfen...

Einäscherung Sonnabend nachmittag.

Die Leiche des Genossen Franz Krüger wird am Mittwoch um 2 Uhr vom Birgum-Krankenhaus nach dem Krematorium in der Gerichtstraße gebracht.

Die Zivilprozessordnung im Rechtsausschuß.

Der Rechtsausschuß des Reichstags behandelte am Dienstag die Reform des Verfahrens in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten weiter. Gegenstand der Diskussion war zunächst das Verfahren vor dem Einzelrichter.

Wilson zum Gedächtnis.

Des Präsidenten Tragödie — die Tragödie Europas.

Präsident Wilson liegt auf der Totenbahn. Er hat sich vergebens bemüht, den Fluch der europäischen Nothstände zum Segen des großen Völkerfriedens zu erwandeln.

Kein Wilson-Frieden!

General Smuts (Südafrika) an Wilson.

Britische Delegation, Paris, 30. Mai 1919.

Lieber Präsident Wilson!

Schick auf die Gefahr hin, Ihnen lässig zu fallen, wage ich es, mich noch einmal an Sie zu wenden.

Die deutsche Antwort auf die von uns aufgestellten Friedensbedingungen scheint mir die fundamentale Note anzuschließen, die für uns am gefährlichsten ist...

Das scheint mir völlig klar, und es ist eine Frage des Lebensstandes, ob es derartige Bestimmungen gibt. Gibt es sie, dann ist unsere Lage in der Tat ernst...

Daher erhält die Frage höchste Bedeutung, ob es im Friedensvertrage wichtige Bestimmungen gibt, die im Widerstreit stehen mit Ihren Punkten und Prinzipien...

Offen heraus, ich glaube nicht, daß das der Fall ist, und es scheint mir daß die Deutschen triftige Rechtsgründe in bezug auf eine Anzahl der Bedingungen vorbringen...

Bürgerliche „Moral“.

Wozu der Ausnahmezustand gut ist.

Dresden, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Ein Teil der bürgerlichen Presse Sachsens bemerkt sich seit einiger Zeit, den Lesern möglichst täglich die persönliche Affäre eines Sozialdemokraten vorzuführen...

Der welfische Partikularismus.

Volkabstimmung auf Abtrennung Hannover.

Die Deutsch-Hannoveraner, jene agrarisch-welfische Partei, die seit 1888 die Wiederaufrichtung eines selbständigen Hannover betreibt, verfolgt dieses Ziel seit Jahr und Tag mit Hilfe des Art. 18 der Weimarer Verfassung...

Herstellung deutscher Ordnung und die völlig schlechte und völkerrückwärtige Reparationen vermittelt Kohle...

Es wird eine furchtbare Enttäuschung geben, wenn die Völker zu der Auffassung gelangen, daß wir keinen Wilson-Frieden abschließen...

Verzeihen Sie mir, daß ich Sie mit dieser Angelegenheit beunruhige, aber ich glaube, es handelt sich um die Würde unserer ganzen Sache.

Die Verantwortung für Versailles.

Aus einer Sitzung der amerikanischen Friedensdelegation in Paris am 3. Juni 1919.

Der Präsident (Wilson): Ich möchte nicht unermüdet erscheinen, aber mein Gefühl ist folgendes: daß wir in dem Vertrage keine Änderungen machen sollten...

Und das geschah. Diese Leute, die unser Unheil über den Haufen warfen und Sachen in den Vertrag schrieben...

Der Präsident: In erster Linie an die Briten. Es gibt eine britische Gruppe, die sich aus allen möglichen britischen Parteien...

Oberst House: Damit sagen Sie also, daß Sie für das, was Sie selbst getan haben, verantwortlich sind.

Der Herr sei mit uns!

Eine Erklärung der Sachverständigen.

Der Zweite Sachverständigenausschuß veröffentlicht durch W.D. folgendes Kommuniqué:

Die Aufmerksamkeit des Zweiten Sachverständigenausschusses ist auf Presseäußerungen gelenkt worden, nach welcher die Ende dieser Woche erfolgende Abreise des Ausschusses aus Berlin...

In der Besprechung, die am Dienstagvormittag zwischen den Mitgliedern des Währungsausschusses der Sachverständigen und dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht...

Die T.-U. erklärt: Am Dienstag letzte die zweite Kommission für Kapitalflucht die Prüfung des deutschen Materials fort unter Hinzuziehung des deutschen Wirtschaftssachverständigen Dr. Czupanski...

Die Notbefolgung der Beamten.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages befaßt am Dienstag eine Reihe von Vorschlägen über die Aufbesserung der Beamtenbezüge...

# Gewerkschaftsbewegung

## Arbeitszeitkampf in der Textilindustrie.

In der Textilindustrie hat jetzt ebenfalls der Abwehrkampf um die Verlängerung der Arbeitszeit in allen Teilen des Reichs begonnen. Die Unternehmer begründen die Forderung auf Verlängerung der Arbeitszeit mit der allgemeinen Behauptung, daß sie auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sind. Diese Behauptung enthält jedoch jeder sachlichen Grundlage. Gerade in den letzten Monaten hat sich die Ausführleistung von Textilfabrikaten ganz wesentlich gehoben, so daß die Ziffern des Jahres 1923 erheblich überschritten worden sind. Diese Tatsache beweist, daß die deutsche Textilindustrie sehr wohl konkurrenzfähig ist. Beachtet man dabei selbstverständlich, daß der Lohnanteil vom Verkaufspreis des Fertigprodukts ganz gewaltig gesunken ist.

Im Heft 3 und 4 „Die Wirtschaftskrise“ der „Frankf. Ztg.“ wird u. a. der Anteil der Löhne am Preis des Produkts nach den Ergebnissen eines Preisvergleichs besprochen. Nach diesen Ermittlungen wird der Lohnanteil für ein Kilogramm Wollwolle 1914 auf 10,6 Pf., der Lohnanteil und Gehälter zusammen auf 12 Pf., der Verkaufspreis auf 181 Pf. bemessen. Die Löhne und Gehälter betragen somit 6,6 Proz. Dieser prozentuale Anteil ist in der Zeit vom 1. bis 30. Oktober 1923 auf 1,6 Proz. gesunken. In der Baumwollweberei betrug der Prozentanteil der Löhne und Gehälter am Produkt 1914 12,8 Proz. und vom 1. bis 30. Oktober 1923 nur noch 3,2 Proz. Dieses Verhältnis hat sich auch nach Beilegung der Inflation nicht geändert. Es liegt aber die Möglichkeit nahe, daß der Lohnanteil immer noch um einiges gesunken ist, während der Warenpreis seit Oktober 1923 um ungefähr 20 Proz. und der Baumwollpreis um 15 Proz. stieg, aber der Lohn um 19,5 Proz. fiel.

Zusätzlich sei aber auch fest, daß in den meisten Branchen und Betrieben der Textilindustrie, obwohl technische Verbesserungen nicht vorgenommen wurden,

die Friedensleistung im Zehntelstundenmaß erzielt wird. Aber alles das kann die Textilindustrie von ihrer Forderung auf Verlängerung der Arbeitszeit nicht zurückhalten. Ein besonderes Schlaglicht auf das Verhalten der Textilindustrie wirft ein Rundschreiben 318/24 des Verbandes Münchenerischer Textilindustrieller. Es heißt da unter anderem:

„Auf die Notwendigkeit des Zehntelstundenmaßes braucht wohl nicht besonders hingewiesen zu werden. Auch in den Betrieben, wo wirklich noch Kurzarbeit herrscht, wird nicht zur Verbilligung der Produktion der Zehntelstundenmaß durchgeleitet werden.“

Diese Sätze zeigen, daß das Verlangen der Unternehmer nicht von wirtschaftlichen Notwendigkeiten diktiert ist, sondern aus rein wirtschaftlichen Gründen. Die „Leipziger Wochenzeitung“ für die Textilindustrie brachte vor kurzem einen Bericht über die Geschäftslage der Greiz-Geraer Webereien, in dem darauf hingewiesen wird, daß der Auftragsbestand der Webereien ein bedeutend größerer wäre sein können, wenn nicht durch die Preiskonvention Sächsisch-Thüringischer Webereien die Festsetzung der Preise für Webwaren nach den Kalkulationen der technisch rückständigsten Betriebe erfolgte. Die Karrierefähigkeit ist es, die der technischen Höherentwicklung und der Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit fast unüberwindliche Schranken setzt. Die Textilindustrie selbst wird durch die Verlängerung der Arbeitszeit nichts gewinnen, im Gegenteil, die Leistungen werden zurückgehen.

## Die Internationale Arbeitsorganisation.

### Deutsche Ratifikationen — mit Ausnahme.

Das Internationale Arbeitsamt wurde vom Reichsarbeitsministerium benachrichtigt, daß alle Übereinkommen, die auf der Konferenz von Genf im Jahre 1921 abgeschlossen wurden, mit Ausnahme desjenigen der wöchentlichen Ruhezeit in der Industrie und alle Empfehlungen mit Ausnahme derjenigen betreffend die wöchentliche Ruhezeit im Handel, und die Frauenarbeit in der Landwirtschaft vor und nach der Niederkunft, vom Reichsrat angenommen wurden. Die Annahme des Übereinkommens über die wöchentliche Ruhezeit im Handel ist vertagt worden, da dessen Bestimmungen eng verbunden sind mit dem Übereinkommen von Washington, die Arbeitszeit betreffend. Ferner hat Deutschland Maßnahmen ergriffen für die Ratifikation von Übereinkommen und die Anwendung von sechs Empfehlungen der Konferenz von 1921. Im Mai 1923 hat die Regierung die diesbezüglichen Beschlüsse der Konferenz dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Beachtung vorgelegt, und dem Reichsrat zur Entscheidung. Die Vorschläge der Regierung gingen dem Reichstag in Form eines Gesetzesentwurfes zu, zum Zwecke der Annahme der Übereinkommen und einer Entschließung hinsichtlich der Annahme der Empfehlungen. Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat hat am 30. Juni die Vorschläge der Regierung bestätigt. Die Annahme durch den Reichsrat gibt dem Übereinkommen die gesetzliche Grundlage, vorbehaltlich der oben erwähnten Ausnahme.

Ende 1923 betrug die Zahl der ratifizierten Übereinkommen der Internationalen Arbeitskonferenz, die tatsächlich beim General-

sekretariat des Völkerbundes eingetragenen waren, 22. Da eine Reihe weiterer Ratifikationen nur noch ihrer offiziellen Bestätigung harren, wird die Zahl bald über 100 betragen.

Unter den mitgeteilten Ratifikationen befinden sich 13 von Polen, und zwar u. a. die Übereinkommen betreffend die Arbeitslosigkeit, das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur industriellen Arbeit und die Nachtarbeit der Jugendlichen. Ferner alle Übereinkommen der zweiten und dritten Tagung der Konferenz. Der polnische Senat hat die Stellungnahme des Parlaments bestätigt, und es ist zu hoffen, daß die polnische Regierung in Kürze die notwendigen Gesetze erläßt.

Aus Finnland hat die Delegation beim Völkerbund das Internationale Arbeitsamt benachrichtigt, daß das finnische Gesetz betreffend die Seelente, das die finnische Gesetzgebung mit dem Übereinkommen der Konferenz von 1921 betreffend das Mindestalter der Zulassung Jugendlicher zur Arbeit als Bunker oder Heizer in Einklang bringt, vom finnischen Parlament im Laufe seiner letzten Tagung angenommen wurde, und daß dieses Gesetz wahrscheinlich im Laufe des Jahres ratifiziert wird.

## Nachtritt des Vorsitzenden des IGB.

Der bisherige Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsbundes, A. S. Thomas, hat infolge seiner Ernennung zum englischen Kolonialminister den Vorsitz niedergelegt.

Das Bureau und der Vorstand des IGB. werden jedenfalls Gelegenheit nehmen, in ihren nächsten Sitzungen dem Genossen Thomas für seine seit Jahren im Interesse der internationalen Gewerkschaftsbewegung geleistete Arbeit ihren Dank auszusprechen.

## Weitere Abnahme der Arbeitslosigkeit.

Das Bundesarbeitsamt Berlin teilt mit:

Die langsame Besserung der Arbeitsmarktlage schreitet weiter fort. In einigen Berufsgruppen macht sich namentlich an qualifizierten Kräften ein Mangel bemerkbar. Die Zahl der Arbeitslosen und Unterstützungsempfänger hat gegenüber der Vorwoche eine merkliche Abnahme erfahren. Es waren 278 082 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen gegen 289 033 der Vorwoche. Darunter befanden sich 201 443 (206 062) männliche und 76 639 (82 971) weibliche Personen. Davon entfielen auf Angehörige und Hausarbeiter 211 724 (220 761) Personen. Unterstützung bezogen 100 886 (108 237) männliche und 49 574 (55 982) weibliche, insgesamt 210 460 (223 528) Personen. Die Zahl der an gemeinnützigen Arbeiten Ueberwiesenen betrug 8717 gegenüber 10 066 der Vorwoche.

Aus der Uebersicht der einzelnen Gewerbe geht hervor, daß alle, die Landwirtschaft einbezogen, an der Bewegung beteiligt sind. Eine Ausnahme hiervon macht nur das Baugewerbe und die Industrie der Steine und Erden, die durch die Wohnungspolitik der Reichsregierung erdrückt werden.

## Die Buchhändler auf dem Kriegspfad.

Für das Buchhandelsgewerbe hat der Demobilisierungs-Kommissar unterm 18. Januar 1924 den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses für den Monat Dezember für verbindlich erklärt. Der Arbeitgeberverband hat in einer Sitzung am 24. Januar beschlossen, diese Verbindlichkeitsklärung nicht anzuerkennen und seine Mitglieder aufgefordert, diesen Spruch nicht zu erfüllen.

Die Angestellten des Buchhandels nahmen, soweit sie im Zentralverband der Angestellten organisiert sind, in einer gut besuchten Mitgliederversammlung zu der Situation Stellung und beschlossen, soweit die Arbeitgeber auf Verhandlungen der Betriebsvertretungen hin die im Schiedsspruch festgelegten Sätze nicht zahlen, die Gehälter allgemein einzuzahlen.

Bezüglich der Arbeitszeit hat der Arbeitgeberverband seinen Mitgliedern mitgeteilt, daß infolge seiner Kündigung des Paragraphen des Rahmentarifs über die Arbeitszeit ein tarifloser Zustand behände und demzufolge die Firmen von sich aus die Arbeitszeit verlängern könnten! Nach § 8 der Verordnung ist diese Verlängerung nur zulässig mit Genehmigung der Gewerbeaufsichtsämter, wenn die in § 8 vorgesehene Voraussetzungen gegeben sind.

## Abwehrkampf der Gummiarbeiter.

Obwohl in der Unternehmerpresse („Gummi-Zeitung“) zugegeben wird, daß die Friedensleistung trotz der achtstündigen Arbeitsleistung überschritten ist, ferner, daß für den ununterbrochenen Betrieb, der für die Gummiindustrie allerdings nur zeitweise in Saisonbetrieben oder bei Hochkonjunktur Platz greifen wird, die Achtstundenschicht allein eine reiblose Ausnutzung der vorhandenen Betriebsmittel gestattet, soll auch hier die Arbeitszeit verlängert werden. Mit dieser Situation befaßten sich die im Fabrikarbeiterverband organisierten technischen Gummiarbeiter in ihrer Branchensammlung am Montag.

Der Gruppenleiter Krüger gab zunächst den Jahresbericht der Branchensammlung. Mit dem 13. November trat der sogenannte Goldlohn in Höhe von 45 Pf. ein. Dieser Schiedsspruch vom 2. Februar wurde dieser Lohn für den Betriebsarbeiter bestätigt und die Arbeitsleistung der Facharbeiter mit 3 Proz. mehr bemerkt. Die Uebers-

grenze wurde von 19 auf 21 Jahre erhöht. Dieser Tarif gilt bis 12. Februar.

Wie überall, kündigten die Unternehmer auch hier den Reichsmanteltarif um eine längere Arbeitszeit festzusetzen. Die Betriebsleitungen wollen das Recht haben, die tägliche regelmäßige Arbeitszeit bis zu zwei Stunden, also auf 10 Stunden zu verlängern; abgesehen von den sonstigen Tarifschöpfungsvorhaben.

Die ruhige und sachliche Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten, daß der Abwehrkampf gegen das Unternehmertum nur in geschlossener Front erfolgreich sein kann. Es kam der Wille zum Ausdruck, die gute Organisation der technischen Summarbeiter weiterhin zu festigen und auszubauen.

Die Neuwahl der Gruppenleitung ergab die einmütige Wiederwahl des Genossen Krüger. Zu seiner Unterstützung wurden noch 5 Kollegen aus den Betrieben in die Branchensammlung gewählt, die meist zur Amsterdamer Richtung stehen.

## Wie die Arbeitszeitverordnung wirkt.

Der Dispreussische Arbeitgeberverband für Handel, Industrie und Gewerbe hatte auf Grund der Arbeitszeitverordnung sämtliche Tarifverträge für den 2. Februar gekündigt und von den Gewerkschaften die Ausdehnung der Arbeitszeit von acht auf zehn Stunden gefordert. Die Verhandlungen blieben ergebnislos. Infolge eines am 17. Dezember 1923 gefassten Beschlusses ist, wie der Arbeitgeberverband mitteilt, für gestern abend die Kusperrung ausgedrückt worden.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Ration-Brauchel. Der Betrieb Paulin, Rinner, Chausseest. 42, ist wegen Lohnhöherungen gesperrt. Vor Arbeitsaufnahme wird gewarnt. Die Ortsverwaltung.

Die Reamtenzentrale der DDD. (Sekretär Hermann Wäger) hat ihr Bureau nach Berlin SW. 66, Lindenstr. 3, erster Hof rechts, 4 Tr. (Parkieren) verlegt. Fernruf: Amt Dönhoff 748741.  
 DDD. Buchbinder, Bezirk 3, Aufkommensamt moogen (Donnerstag) 8 Uhr, Dammstr. 180 (Lindenstr. 180).  
 Achtung, DDD. Arbeiter und Angehörige der Kaufmannschaft Berlin u. U. Freitag 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24-25 (Böcker-Gebäude), wöchentliche Versammlung aller DDD.-Arbeiter und Angehörigen der Kaufmannschaft. Tagesordnung: 1. Vortrag: 2. Stellungnahme zur Betriebsratswahl. 3. Stellungnahme zur Wahl der Delegierten zur Generalversammlung der Kaufmannschaft. 4. Beschlüsse und Beschlüsse der Delegierten. 5. Sonstiges. Die Beschlüsse sind durch Genossen einzuführen. Betriebsrat wird gebildet. Der Präsidiumsbeschluss.

Deutscher Berufsausschuss, Bezirk 25, Mittwoch abend 7 Uhr im „Allen Kantonier“, Anhaltstraße. Vortrag des Redaktors Rottke. — Bezirk Charlottenburg 1, Freitag 8 Uhr Sitzung mit Herrmann, Engelstr. 24, 2. Treppen. — Verband der Göttinger und Göttinger Arbeiter, Gruppe Stadthagen, Donnerstag abend 7 Uhr im Saal 2 des Gewerkschaftshauses Generalversammlung der Gruppe.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter, Bezirk 1, Johannstraße 14-15, Rönnecke-Gebäude, Donnerstag abend 8 Uhr in der Dammstr. 180, Berlin, Schönhauser Allee, Kolonnenstraße der Reichsbahn der Buchbinder.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter, Morgen (Donnerstag) nachmittag 3 Uhr im Bureau, Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24, 2. Treppen, Funktionärerversammlung der Buchbinder. Gang der Lohnverhandlungen. Jeder Betrieb muß vertreten sein! Sonntags 1 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Arbeitslosenversammlung der Buchbinder und Papierverarbeiter. Schlichter des Reichsarbeitsamts wird erwartet.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Begegnung der Freunde von Weillien und Weillien. Genosse Hermann Wäger spricht: Donnerstag, den 7. Februar, abend 7 Uhr, über das Thema „Genossenschaft aus dem Chaos“ in der Aula der 77. Gemeindefschule, Berlin N., Göttingerstr. 29 (nahe Ringbahnhaltepunkt Köpenicker Allee). Volkshaus, Republikaner erscheint mehrfach. Sonntag, den 10. Februar, abend 8 Uhr, über das Thema „Das ist es nicht, die Arbeiter zu sein“ in der Tribüne-Runde, Charlottenburg, Reich-Anhalt-Platz (nahe Untergrundbahnhaltepunkt Dammstr. 180). Montag, den 11. Februar, abend 7 Uhr, über das Thema „Genossenschaft aus dem Chaos“ in der Aula der Oberrealschule, Gieseler, Gieselerstraße (an der Köpenicker Allee). Sowjetische Republikaner erscheint in Rostock. Schlichter des Reichsarbeitsamts wird erwartet. Die Arbeit haben, sie zu führen.

Arbeiter-Samaritaner-Kolonie Reinickendorf, Ringl. 4, U.-S.-B. Donnerstag, den 7. Februar, 8 Uhr, im Jugendheim, Seebach, Reinickendorf, Sonntag der Gen. Dr. Fr. Riese über „Kommunistenfrage“. Gäste willkommen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Krüger; Wirtschaft: S. S.; Ernst Krüger; Gewerkschaftsbewegung: J. Kleiner; Feuilleton: R. A. Böcher; Solales und Sonstiges: Fritz Rottke; Anzeigen: H. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 66, Lindenstraße 3, hierzu 1 Beilage.

Bel Glat, Rheuma, Jodias hat sich Logal wegen seiner bariumhaltigen Wirkung hervorragen bemerkbar. Werztlich lobend begutachtet! Ein Verlaufs liegt im einzelnen Interesse. In allen Apotheken. Best. 64,3%, Acid acet. salic. 0,06%, Chinin, 12,6%, Lithium ad 100 Amylum.

Hautjucken, Flechten, offene Füße (Krampfadern) auch veraltete Wunden heilt die milde und wohltuende, seit Jahrzehnten bewährte San.-Rat Dr. Strahl's Haussalbe. In Or.-Inal.-Dosen erhält Elefant-Apothek, Berlin SW., Leipziger Str. 74, a. Dönhoffpl.



# DIE GUTE

## MASSARY ZIGARETTE

Massary Classe, dick rund 0/M	4	8
Massary Classe Gold	4	8
Massary Caid .....	5	8
Massary Roal .....	6	8
Massary Delft .....	8	8
Massary Ritter .....	10	8
Massaryhaus .....	15	8



URTEILEN SIE SELBST!

KON LINON

# Schafft Heime für die Jugend.

Die Not der Gegenwart durchdringt alle Schranken. Der wirtschaftliche Niedergang der heutigen Gesellschaft ergreift die Funktionen des gesellschaftlichen Lebens und zerschlägt die Ansätze zur besseren Gestaltung der Dinge. Besonders stark wird von diesem Niedergang in jeder Form die Jugend betroffen. Wirtschaftlich wird sie vor allem und zuerst von der Arbeitslosigkeit erfasst, kulturell ihr zuerst die Möglichkeit genommen, durch eifrige Arbeit an sich selbst einen geistigen Aufschwung dieser Generation herbeizuführen, da im Falle einer Wirtschaft- und Finanzkrise den kulturellen Bestrebungen zuerst die Mittel entzogen werden.

## Die leidige Raumfrage.

Die Revolution hatte in der Frage der vorbedingenden Jugendfürsorge alle Institutionen und Körperschaften öffentlichen und privaten Charakters vor gewaltigen Aufgaben gestellt. Ziel ist in diesen fünf Jahren bereits erreicht, aber mit der Arbeit wuchs das Aufgabengebiet. Ein besonderes Problem war von jeher in der Jugendbewegung die Raumfrage, deren günstige Lösung schließlich Voraussetzung jeder fruchtbringenden Arbeit überhaupt sein mußte. Den besitzenden Schichten und ihren Organen war es schon vor dem Kriege verhältnismäßig leicht, dieser Frage alles Unangenehme zu nehmen, denn Mittel wurden zur Genüge zur Verfügung gestellt. Aber auch die Arbeiterbewegung wandte beizeiten diesem Problem ihre Aufmerksamkeit zu. Hart ward hier gerungen, und ein besonderer Sieg war es für unsere Jugend und ihre Helfer in den Gewerkschaften, wenn wieder einmal ein neues Jugendheim der Öffentlichkeit übergeben werden konnte und somit eine Jugendgruppe der veränderten Wohnverhältnisse entzogen wurde. Und dennoch, wie viele unserer Gruppen waren noch in der Vorkriegszeit — und sind es vielleicht zum Teil heute noch — gezwungen, sich für ihre Zusammenkünfte mit einem Wohnzimmer zu begnügen. Nach dem 9. November aber ward von Seiten der Kommunen endlich unter dem Einfluß unserer Genossen Hand angelegt und die Möglichkeit geschaffen, um den Jugendverbänden genügend günstige Unterkunftsräume für ihre Heimabende zur Verfügung zu stellen. Dennoch manchest es auch heute noch an manchem. Die Wirtschaftskrise des letzten Halbjahrs 1923 hat manches begonnene Werk unvollendet gelassen, hat vor allem den Kommunen die Möglichkeit genommen, auch fernerhin wahre Heime für die Jugend zu schaffen, da die hierfür nötigen Mittel einfach aus Grund der finanziellen Lage der Gemeinden nicht mehr bereitgestellt werden konnten. Zwar sind wir der Ansicht, daß es trotzdem gilt, der jugendpädagogischen Arbeit alle Wege zu öffnen; daß es gilt, für diese Arbeit alle Schranken zu öffnen, um auch die nötigen Mittel zu beschaffen; daß die heutige Klassenkampfzeit hat noch nicht erkannt, daß ihre wichtigste Funktion auf dem Gebiete der Jugendfürsorge und der Jugendberichterstattung liegt, und so sind wir gezwungen, selbst anzupacken und die Voraussetzungen zu schaffen, die allein für den Vortrieb guter Jugendarbeit geeignet sind.

## Gemeindefreie Schulzimmer.

Woh! man mag noch festzustellen versuchen, daß der Jugend auch jetzt noch durch die Vergebung von Schulräumen die Möglichkeit gegeben ist, ihre Zusammenkünfte in Räumen abzuhalten, deren Luft von Alkohol und Nikotin dämpfen frei bleibt. Doch zweifellos Gründe sind maßgebend, die diese Möglichkeit ganz bedeutend erschweren. Einmal ist das Koalitionsbedürfnis innerhalb der Jugend außerordentlich gewachsen, und damit sind auch die Anforderungen, die in Hinblick der Beschaffung von Räumlichkeiten gestellt werden, bedeutend gestiegen. Zum anderen aber sind die teilweise zur Verfügung gestellten Schulräume nicht so, daß sich Jugend darin heimlich halten konnte. Die engen, unfreundlichen Räume lassen keine Freundschaft wach werden. Dazu kommt oft, daß unfreundliche Direktoren und Schulhausmeister bei der Vergebung und Benutzung ihrer Räumlichkeiten der Jugend ihre Heimabende durch feindselige Schikanen verüben, so daß diese sich oft lieber außerhalb der Schule und der wenigen zur Verfügung stehenden Jugendheime eine Unterkunft sucht. Die Frage der Jugendheime ist von besonderer Bedeutung, und wir können sie hier nicht übergehen. Auch hierin ward nach der Revolution manches geschaffen. Heute hat in ganz Groß-Berlin zumal jeder Verwaltungsbezirk ein oder gar mehrere eigene Heime, die der gesamten Jugend — soweit ihre Organisation von den Jugendämtern als Jugendpflege treibende

Bereine anerkannt worden sind — zur Benutzung freistehen. Doch immer noch sind die Räumlichkeiten viel zu klein, ist die Zahl der zur Verfügung stehenden Heime viel zu gering, als daß sie allen bedürftigen Organisationen Unterstüßung gewähren könnten. Oft sind es gerade die entsetzlichen Berge, denen solche Heime nach Bestehen zur Verfügung stehen, während die kollektiven proletarischen Gruppen in irgendeinem unfreundlichen Schulraum haufen müssen. Das Wort: „Gleiches Recht für alle“ ist hier noch lange nicht zur Wahrheit geworden.

## Unzulängliche Heime.

Besonders über aber liegen die Dinge im Arbeiterbezirk des Berliner Ostens, im Verwaltungsbezirk Friedrichshagen. Hier stehen der Jugend seitens des Bezirks keine städtischen Heime zur Verfügung. Ein Heim in der Weißbachstraße harri zwar der Fertigstellung, aber es scheinen sich derselben schier unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenzustellen. Ein anderes Heim — in der Großen Frankfurter Straße 16 gelegen — gehört nicht der Stadt Berlin, sondern ist dem halbamtlichen „Hauptauschuss für Arbeitslosen und Jugendpflege“ unterstellt. Die Wirtschaft in diesem sonst schönen, neun Zimmer umfassenden Heim ist nicht immer die angenehmste. Wie einmal eine Feststellung ergab, entblüdete sich die „berühmte“ Bismarck-Jugend nicht, in diesem Heim die neuesten Schlager in Tanz und Gesang zu reproduzieren. Ferner ist auch festgestellt, daß hier eine Anzahl von Vereinen, Gruppen und Gruppen zur Benutzung des Heims zugelassen sind, die bisher für kein Jugendamt der Stadt Berlin als Jugendpflege treibende Organisation anerkannt wurde. Und das in einem Heim, das ausschließlich gleichfalls aus öffentlichen Mitteln unterhalten wird. Zudem ist noch zu bemerken, daß von den Jugendverbänden unerwünschte Opfer verlangt werden. Die Benutzung des Saales beträgt 2,90 M., die der Zimmer 1,40 M. pro Abend. Hier einmal einzugreifen, wäre eine dankbare Aufgabe für die kommunalen Verwaltungsorgane. Im allgemeinen liegt somit gerade in den wichtigsten Bezirken die Jugendheimfrage noch sehr im Argen. Da muß die Jugend oft zur Selbsthilfe greifen, um Tätigkeiten zu schaffen. Dabei ist die Notwendigkeit der Schaffung neuer Heime sehr dringend geworden. Nicht nur das Bedürfnis, doch unsere Jugend ihre abendlichen Zusammenkünfte regelmäßig abzuhalten vermag, um der so überaus nötigen Bildungsarbeit neue Möglichkeiten zu erschließen, verlangt auf diesem Gebiet tatkräftige Zusätze, sondern in der besonderen Zeit der Not gerade unter den jugendlichen bestehenden Arbeitslosigkeit erfordert die Schaffung von Tagesjugendheimen, damit die Jugend der Straße entzogen und ihr vielmehr auch hier noch die Möglichkeit zu irgendeiner praktischen Betätigung auf den verschiedensten Gebieten eröffnet wird.

So ergibt sich in der Lösung dieser Fragen für unsere in den kommunalen Verwaltungen tätigen Genossen und Genossinnen ein weites Arbeitsfeld. Aber auch alle außerhalb der öffentlichen Organe Wirrenden würden sich den Dank der Jugend verdienen, wenn sie jede Möglichkeit zur Schaffung neuer Heimstätten für die Jugend den zuständigen Stellen zur Kenntnis bringen und im übrigen tüchtig mitarbeiten, wenn es gilt, aus Eigenem etwas Derartiges zu schaffen.

## Die Gültigkeit des preussischen Notgeldes.

Im Publikum besteht noch immer Unklarheit darüber, welche Stände des preussischen wertbeständigen Notgeldes aus dem Verkehr gezogen werden und welche mit uneingeschränkter Gültigkeit als gesetzliches Zahlungsmittel im Verkehr bleiben. Es sei daher noch einmal ausdrücklich festgesetzt, daß wegen der bevorstehenden Währungsänderung nur die Stücke lautend auf 4,20 Goldmark = 1 Dollar und 2,10 Goldmark = 1/2 Dollar zur Einlösung aufgerufen worden sind. Die den braunen Adlerausdruck tragenden Scheine über 1,05 Goldmark = 1/4 Dollar sowie die den gelben Adlerausdruck tragenden Scheine über 0,42 Goldmark = 1/10 Dollar bleiben, unberührt von dem Aufruf der anderen Scheine, als vollgültige gesetzliche Zahlungsmittel im Verkehr. Sie sind daher nach wie vor von jedermann in Zahlung zu nehmen.

Die Älteste stand schon bei den Studenten, lächelte kopfschüttelnd über die Kaufleute und nahm die Bestellung entgegen. Die Studenten blickten belustigt hinüber.

„Bardon!“ drohte Adolf, der seinen früheren Mitschüler, Karl Venz, nicht erkannte. Der Wirt kam groß aus dem Büfett heraus.

„... so sehen wir alle Tage,“ sang der Magistratsbeamte immer noch. Und die Älteste präferierte die Rechnung. Die fünf Monatsgehälter reichten nicht. Der halbe Tisch stand voll Wein und Sektflaschen. „Adolf warf noch eine Banknote auf den Tisch, an dessen Stirnseite der Wirt stand und die drei Worte sprach: „Das langt nicht.“

Alle standen schwankend und ausgeliefert, wollten nach ihren Mänteln greifen. „Sie müssen mir Ihren Ring zum Pfande da lassen.“ Der Wirt stellte den Zeigefinger steil auf die Rechnung. Die Studenten beobachteten gespannt die Szene.

Adolf zog den Brillantring vom Finger. „Darüber muß ich eine Quittung bekommen!“ Und blickte, trotz seines Rauhs, verblüfft auf die schon ausgefüllte Rechnung, die der Wirt vor ihm hinlegte.

Schritt für Schritt ging er hinter den Abziehenden nach, schloß die Tür leise und mit Kraft und zog sich hinter das Büfett zurück, stellte eine leere Flasche unter den Kübel. Diesmal war es eine Rotweinflasche.

Die Älteste atmete hoch auf, ließ den Busen fallen: „Diese Kaufleute! Wollen elegante Herren spielen und können dann nicht bezahlen.“ Sie breitete die Arme aus: „Jetzt sagt mir, was haben solche Bürschchen in einer Weinstube zu suchen?“

Karl Venz stimmte ihr bei. Daraufhin auch die anderen. Sie goß den Rotwein ein. „Auch für uns ein Gläschen?“

„Über selbstverständlich!“ Und dann ging er ersten Gesichtes erst hinaus in das Kiosett und nahm das Couleurband ab; die anderen hatten, dem Kommet gemäß, ihre Couleurbänder nicht an.

Die Älteste goß neun Gläser voll: es waren sechs Studenten. Die junge Schwester richtete den Tisch der Kaufleute für neue Gäste her. Und der Wirt rückte den Kübel zurück.

Daß dies besonders herrliche Genüsse wären, wert, ihrer wegen auch nur den Bruchteil selbst eines blödsinnigen Ideals aufzugeben, kann gewiß niemand behaupten; aber auch nicht, daß es keine begehrenswerteren Genüsse gäbe, dachte Jürgen auf dem Heimwege durch die schlafende Stadt.

Vor einem kleinen Café in der noch belebten Hauptstraße

## Getaufte Tabak.

Wer zählt die Tabake, nennt die Namen, die alle da zusammenkommen! Redlich ist es, wie sich jetzt in den Tabakhandlungen ganze Paketpyramiden türmen und auf vertrauensförmige Käufer warten. Noch vor wenigen Monaten war es anders. Es gab überhaupt keinen Pfeifenlabak oder nur zu gepfefferten Preisen. Er scheint nun, wie in einer Laune der Natur, im Winter gewachsen zu sein. Oder sollte es stimmen, daß er, weil nur wenige Raucher die damaligen Preise anlegten, erst mit der Stabilität der Währung, wie so vieles andere, aus den verschwiegene Lageräumen zum Vorschein kam? Genug, es ist so massenhaft von dem „edlen Kraut“ da, um ganze Heere von Rauchern damit zu befriedigen. Man sieht erkaunt vor diesem prächtigen Wettbewerb und fragt sich mit einem nassen und einem trockenen Auge, wo wohl der Ursprungsort all der Fälle zu suchen sein mag. Jugenderinnerungen werden mach. So mancher, der ein hant demaltes Fünfsilbergrammpaket mit schönem Namen heimträgt, denkt nach den ersten unartigen Zügen mit Bauchgrimmern und Grausen an die Jugendzeit, als wir die ersten schätzertern Raucherprobe machten. Oder an die herrlichen Jahre des „Stahlbades“, als unsere sonst nicht verwöhnten Soldaten die ihnen von Kriegsgewinnlärn und Liebesgabenklingen ins Feld gefandten Rauchwaren, die nicht rauchbar waren, mit einem kräftigen „Pfei Deibel!“ über den Schützengrabenrand feuerten. Der Botaniker, in keiner Unschuld ist daß, welche Wandlungen so eine Tabakstaude durchmacht, und der Genußmittelkenner entdeckt schon ohne allzu strenge Analyse den berühmten Wald- und Wiesenduft. Nun erst die unterschiedlichen „Marken“, die der Massenangriff auf die Pfeifenhersteller geächtet hat. Nomen est omen. Fast die Hälfte aller Pfeifentabaks ist auf Schag eingestellt. Gottchen, was alles Schag sein soll! Da liest man Gold-, Kondor-, Hanso-, Wappen-, Würfel-, Gold-, Zebra-, Negator-, Bremer-Lloyd-, Parlament-Schag und hundert andere Beinamen. Standard Mixture klingt ebenso hübsch ausländisch und anziehungskräftig wie die Virginia-Mischung. Hantleckenstolz nimmt den Mund voller als der vulgäre Kiepenkerl. Schwarzer Krauter in seinen zahlreichen Abarten ist nur etwas für Raucher, die so leicht nicht umfallen. Bekiebt sind auch die Farbenunterschiede, wie sie in den Verpackungen Rot-Siegel-, Grün-Siegel- und ähnlichen zum Ausdruck kommen. Ach, und erst die vielen Sorten Portorak! Ob den wohl ein Einzelmischer von der schönen Tabakinsel vertrauen würde? Vielleicht ebensowenig wie die Marke „Trepptower Winterwald“, die man in den Schaufenstern mit Namen vergewens sucht. Selbst Förster und Pastoren sollen schon zu den Paketen, die den empfehlenden Namen ihres Standes tragen, gelangt haben: „Dat rooken die Städters, aber wi rooken dat nich.“ Was man wählen soll? Qualmt zwanzig verschiedene Nummern, und ihr verlangt sicher nach der einundzwanzigsten.

## Noten der Werderschen Obstzüchter.

### Die Konkurrenz der Südrüchse.

Die Stadt Werder hat eine Kreditation für die notleidenden Obstzüchter in die Wege geleitet. Die Banken haben große Summen, etwa 180 000 Goldmark bereit an die Obstzüchter abgegeben und die Stadt Werder hat jetzt laut Magistratsbeschluss selbstschuldnerische Garantiestellen übernommen. Es handelt sich nicht um Geschäftskredite, sondern um ein Darlehen zur Wirtschaftserhaltung. Die Obstzüchter verpfänden Mobilien und Immobilien dafür. Ferner verpfänden die beiden Obstzüchter-Genossenschaften ihr gesamtes Vermögen. In der gestrigen Werderschen Stadterordnetenitzung wurden diese Tatsachen bekanntgegeben. Der Stadtverordnete Botovv schilderte das Elend der Obstzüchter. Die folgende Ernte 1923, die Geldentwertung im Sommer haben dem Stand eine große Niederlage verursacht. Die Hauptursache aber sei die plötzliche Deckung der Grenzen für die Obsteinfuhr gewesen, die das Obst so verbilligt habe, daß den Obstbauern vor dem kommenden Sommer grauen müsse. Die fast einkehrende Südrüchse einführ habe das überwinterete Edelobst schon jetzt fast vollständig verdrängt. Bürgermeister Diegel wandte sich dagegen, daß wieder gewisse Kreise die kommende Ernte aufzukaufen suchten, um selbstständigen Plänen dienen zu können. Dagegen müßten die Obstzüchter sofort Erstellung nehmen.

stand wieder der Krüppel und neben ihm, reglos, grau und böse, die Frau, auf dem Arme den strotzenden Säugling.

„Daß einer um den Preis, Viehschafien zu haben mit schönen, gepflegten Frauen, oder um der Nacht und des Erfolges willen Verrat abt an allem, was ihm in der Jugend teuer war, wäre schon eher zu begreifen.“

Und plötzlich entsann er sich des Abends, da er, geladen bei einer der vornehmsten Familien des Landes, solchen Frauen begegnet und Zeuge geworden war von Gesprächen zwischen Großbankiers, die über Weltpolitik, Eisenbahnbauten und den wahrscheinlichen Zeitpunkt eines neuen Krieges in leichtem Plauderton gesprochen, und zwischen berühmten Schriftstellern, die über die Schönheit eines Gostehizitates und sogar über den Sappbau des Jitates länger als eine Stunde äußerst beziehungsreich und sehr klug und geistvoll diskutiert hatten. Das ist Nacht, das ist Kultur, hatte er damals gedacht.

„Aber kann denn durch diese Nacht und durch diesen Geist das Meer von Tränen, kann denn dadurch das würgende, würgende Menschenleid beseitigt werden? Ich glaube es nicht. Was aber soll man tun?“ Bedrückten Herzens schloß er die rückwärtige Gartentür auf, an die er das Schild angebracht hatte: „Hier wird Armen gegeben.“

Seine Fragen an das Leben fanden keine Antworten; nur die allzu glatten der Schulkameraden und der Tante. Ost — wenn er sah, wie die früheren Mitschüler jenseits aller Zweifel lebten — hatte der Vereinsamte, wie einmal in der Schule, den Wunsch gehabt, auch so zu werden, wie die anderen waren, das Fragen und das Suchen aufzugeben und sich der Lantenauffassung anzuschließen. Diese Stunden nannte Jürgen Schicksalspausen.

Er sah am Fenster, hatte noch Kopfschmerzen von dem Wein, sah die Unimierneipe. Schwelmerel! dachte er, betrachtete mit inbrünstigem Haffe der Tante Lebensarbeit; die unverwüthlichen gehästelten Dedchen, die alle Möbelstücke drückten. Der Perpendikel tickte ruhevoll das Wort „rich-tig, rich-tig.“

„In diesem Zimmer „Schweinerel“ zu sagen, ist unmöglich. Da hört die Uhr auf zu rücken, die Dedchen gleiten von Sesseln, Tisch und Kommode, und die Heiligenbilder fallen von den Wänden.“

Eine lange halbe Stunde wurde kein Wort gesprochen. Die Tante häfelte. Die Älteste zeigt die Photographien. (Fortsetzung folgt.)

(Nachdruck durch Wolff-Verlag, Berlin.)

# Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

Daselbe fragten die Kaufleute. Sie zog aus ihrem Busen pornographische Photographien, auf denen sie selbst in verschiedenen Stellungen nackt abgebildet war, zusammen mit einem Herrn im Frack. Es standen schon neun leere Flaschen auf dem Tisch. Die Gläser der Mädchen waren immer beinahe gleichzeitig voll und leer.

„Aber natürlich bringen Sie noch Wein!“ rief Adolf und ließ die Bilder durch seine heißen Hände laufen. „Aber natürlich bringen Sie noch!“ echoten die anderen.

Hinter dem Büfett hing in einem Ring ein Kübel; vom Boden des Kübels lief ein Schlauch weg in die jeweilig darunterstehende Flasche. Nachdem die Mädchen ihre vollen Gläser in den Kübel entleert hatten, besorgte der Wirt mit diesem Weine das Füllen der Flaschen. Und die Mädchen stellten den Wein wieder auf den Tisch.

Das Orchester spielte ununterbrochen. Die vier Köpfe, eng aneinandergepreßt, blieben über die Photographien geneigt, bis die Älteste die Bilder wegnahm. Das Wort „Sekt“ fiel. Jürgen legte einen Geldschein in Adolf Sinshaimers Hand und verließ die Weinstube. Die anderen bemerkten es kaum.

Plötzlich fühlte der Magistratsbeamte sich beim Halse gepackt. Die ineinander verschlungenen Weiber- und Männerkörper schaukelten hin und her nach der Melodie des Föhrenlosos. Der Sekt floß. Die Flaschen schwebten selbständig vom Büfett herüber auf den Tisch. Floß eine Stunde lang im Kreislauf: aus den Flaschen in die Gläser, von da in den Kübel, durch den Schlauch in die Flaschen und wieder in die Gläser, bis der kühl und reglos neben dem Kübel stehende Wirt den Wink zur Vorsicht gab.

Da lösten sich die Mädchen allmählich los. Die junge Schwester blieb auf des Magistratsbeamten Schoß liegen. Sie war betrunken. Der Wirt schickte ihr einen Blick, der sie ernücherte.

Ein Schub Studenten trat ein, setzte sich an den Tisch, an dem der Arbeiter gefessen hatte.

Der Magistratsbeamten geschweifter Mund schnappte auf und zu, und plötzlich warf er die dünnen Arme hoch und behauptete: so lebe er, so lebe er, so lebe er alle Tage.





Jahres 1923 wurde die Folge der unsinnigen Inflationswirtschaft in ihrer Tragweite für die Industrie erkannt, und man bemühte sich energisch, zu einer Berechnung in fester Währung überzugehen, um die Substanzverluste zu verringern. Wir sind mit dem 1. Juli 1923 zur Berechnung unserer Fabrikate in Gold übergegangen und haben unsere Kalkulation auf Goldbasis eingestellt.

Unseren Besitz an Aktien und Beteiligungen an den uns nahe stehenden Gesellschaften haben wir aufrechterhalten und durch Uebernahme neu ausgegebener Aktien vermehrt. Dies betrifft insbesondere unsere Interessen an: Felten u. Guilleaume Carlswerk A.-G., W. u. Genest A.-G., Rationale Automobil-Gesellschaft A.-G., Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf A.-G., Drahtlofer Uebersee-Verkehr A.-G.

Die Bank elektrischer Werte A.-G. hat ihr Kapital erhöht und sich die Bewertung des größten Teils der jungen Aktien für Umgestaltung ihres Geschäftsbetriebes vorbehalten.

Durch Aktientausch besitzen wir nahezu das gesamte Grundkapital der A.E.G.-Schneidbahn Aktiengesellschaft einschließlich der Vorzugsaktien zu einem der ungünstigen Tage des Unternehmens entsprechenden Buchwert. Die Gesellschaft ist aufgelöst; über die Wiederherstellung der Strophen hat sie mit der Stadt Berlin einen Vergleich geschlossen.

Dem Umfang des Unternehmens entspricht die Bilanz. Sie ist zum 30. September 1923 abgeschlossen und registriert u. a. Invenrar und Patente mit einer Wert, Maschinen, Werkzeuge und Robelle in gleicher Höhe, nur die Grundstücke laufen mit einigen hundert Papiermillionen durch die Bücher.

### Arbeitsmarkt in der Provinz Brandenburg.

Abgesehen von einigen drückenden Abweichungen erfährt der Arbeitsmarkt im allgemeinen in der ersten Februarwoche eine weitere Besserung, die eine Herabminderung der Zahl der Pöllerwerbslosen im Gefolge hatte.

In der Landwirtschaft war die Nachfrage nach ledigen Knechten und Mägden besonders reger. Deputationsfamilien konnten eher immer noch nicht untergebracht werden, da besonders Wert auf mehrere Hofgänger gelegt wurde.

Im Bergbau hielt die günstige Entwicklung an, da immer noch Arbeitskräfte angefordert wurden.

In den Ziegeleien ist die Lage unverändert geblieben, dagegen hat sich der Arbeitsmarkt in keramischen Gewerbe bedeutend verschlechtert. Eine Porzellanfabrik hat ihre Beschäftigung auf 415 Mann wegen Auftragsmangel gekündigt. In der Glasindustrie sind alle Arbeiter gekündigt worden, um nach Ablauf der Kündigungsfrist eine längere Arbeitszeit und veränderte Arbeitsbedingungen einzuführen. Da die Arbeiter dies ablehnten, rühten die gesamten Betriebe in der Glasindustrie.

Der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie ist noch schwach, indem zugleich Einstellungen und Entlassungen vorkommen. Der Beschäftigungszug in der Textilindustrie war unverändert günstig.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe hielt die günstige Entwicklung weiter an.

Auch im Bekleidungs-gewerbe zeigte sich eine rege Aufnahmefähigkeit von Arbeitskräften.

Aus einem Orte wird berichtet, daß die Anforderungen von Facharbeitern in den Schuhfabriken so stark waren, daß ungelehrte Arbeiter zum Anlernen eingestellt wurden.

Das Tabakgewerbe hatte genügend Aufträge, die zu weiteren Einstellungen von Personal führten.

Im Veredelungsgewerbe ist die Lage nach wie vor ungünstig.

Sonstigen Arbeitsnachweisen wird berichtet, daß durch den Personalabbau der Behörden der Arbeitsmarkt für Bureauangestellte sich immer ungünstiger gestaltet, da absolut keine Arbeitskräfte angefordert werden.

Die Vermittlungstätigkeit für die ungelernen Arbeiter hat sich in der Berichtswoche etwas günstiger gestaltet.

Dieselbe Beobachtung war auch im Vermittlungsergebnis bei weiblichem Personal zu machen.

### Die Bedeutung australischer Baumwolle.

Im Rahmen der britischen Expansionspläne auf dem Gebiete der Baumwollproduktion beginnt neuerdings Australien immer mehr in den Vordergrund zu treten. Die dortige Baumwollkultur nimmt nach einem dem „Konfessionär“ eingetroffenen Bericht aus Sidney einen geradezu unglaublichen Aufschwung. Während noch im Jahre 1921 nur 800 Baumwollpflanzler gezählt

wurden, die insgesamt 900 000 Bushel (1 lbs = 36 Liter = Hohlmaß) Baumwolle erzeugten, hat das Jahr 1923 das erfreuliche Ergebnis gebracht, daß nicht weniger als 14 500 Baumwollfarmer mit einer Leistungskapazität von 12 Millionen Bushel Baumwolle festgelegt wurden. Das Hauptverdienst hieran gebührt der British Australian Cotton Growing Association, die zurzeit mit einem Kapital von 12 Millionen Pfund Sterling arbeitet. Für die Baumwollkampagne dieses Jahres wird ein Ergebnis von mindestens 48 Millionen Bushel Baumwolle geschätzt. Australische Baumwolle dürfte daher schon in diesem Herbst auf die Preisbildung der Weltmärkte eingreifen.

Die Entwicklung der australischen Baumwollproduktion in Australien ist auch ein Zeichen für die Neugliederung der Weltproduktion, wie sie der Krieg von 1914-1918 eingeleitet hat.

„Wertbeständige“ Benzolanleihe. Der Stadt Hagenow (Mecklenburg) soll die Genehmigung erteilt worden sein, zur Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber in Höhe des Wertes von 14000 Kilo Gramm Benzol zur Deckung der Kosten der Erbauung einer Benzolgewinnungsanlage nebst Abfallverwertungsstelle auf dem Gaswerk zu Hagenow.

Die Kohle, Kaffee, Zucker, Getreideanleihen waren ein verzweifelter Versuch, der allgemeinen Entwertung zu entgehen und den Kapitalgebern so viel wie einzuführen, daß sie Anleihen aufnahmen und damit Kommunen und Ländern langfristigen Kapitalkredit gewährten. Die Praxis hat bewiesen, daß die wertbeständigen Anleihen nur zur Hälfte wertbeständig sind. Deswegen erscheint es jetzt besonders auffällig, daß nunmehr noch eine Benzolanleihe erfinden worden ist. Sie muß in ihrer schwankenden Bewertung (Basis Benzolpreis) ein Spekulationspapier werden. Wer hat daran Interesse, daß der Kommunalkredit auf diese Wege geführt wird?



### Gegen Frost- aufgesprungene Hände Chesebrough (sprich Tschiesbro) Vaseline Camphor-Sis

In Blechbüchsen oder Dose mit 75 Pf. Auch die anderen altbekannten Chesebrough-Vaseline-Präparate sind wieder zu haben in Apotheken, Drogerien, Parfümeriegeschäften etc.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Mittwoch, den 6. Februar 1924:

#### Bezirks-Vertrauensmännerkonferenzen

in folgenden Lokalen:

1. Bezirk: **Jam Deblaten**, Weisenfer, Ködderstr. 124, Ecke Weisenferstraße, nachmittags 4 Uhr.
  2. Bezirk: **Cornelius-Sälen**, Remler Straße 67, nachmittags 4 1/2 Uhr.
  3. Bezirk: **Solmann**, Rigorstr. 47, nachmittags 5 Uhr.
  4. Bezirk: **Bäde**, Etrolauer Wer 47, nachmittags 4 1/2 Uhr.
  5. und 7. Bezirk: **Reichenberger Hof**, Reichenberger Straße 147, nachm. 5 Uhr.
  6. Bezirk: **Alte Bräuerlei**, Reutbahn, Hermannstr. 46, nachmittags nachm. 5 Uhr.
  8. u. 10. Bezirk: **Gemeinschaftshaus**, Engelstr. 24-26, nachmittags 5 Uhr.
  11. Bezirk: **Hofstraße**, Schöneberg, Engelstr. 68, nachmittags 5 Uhr.
  12. Bezirk: **Wende**, Berlinstraße, Ecke Kumpstraße, nachmittags 5 Uhr.
  13. Bezirk: **Graf Jacob**, Charlottenburg, Bismarckstr. 46, nachmittags 4 1/2 Uhr.
  14. Bezirk: **Schulze**, Köpcke Str. 22, nachmittags 4 Uhr.
  15. und 19. Bezirk: **Verbandshaus** (Sitzungsaal), Eintrachtstr. 83/85, abends 7 Uhr.
  20. Bezirk: **Gilper**, Jähde Straße 2, nachmittags 5 Uhr.
  21. Bezirk: **Gemeinschaftshaus**, Kirchschleichstraße, Berliner Str., nachm. 4 1/2 Uhr.
  22. Bezirk: **Schulz**, Idorstr. 10, nachmittags 4 1/2 Uhr.
  23. Bezirk: **Germania-Feld**, Spandau, Hauptbahnhof, Stresemannplatz 19, nachmittags 4 1/2 Uhr.
- A. E. G.: **Schulze**, Berlin N., Wiesenstraße 60, nachmittags 4 1/2 Uhr.  
**Siemens**: **Senge**, Siemensstadt, Rennbahnallee, Ecke Reichstraße, nachm. 4 Uhr.  
 Zutritt gegen Vorlegung der Legitimationskarte und des Mitgliedsbuches.

Donnerstag, den 7. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Soal 1), Engelstr. 24-26:

#### Branchenversammlung

der Metallarbeiter und Polierer Groß-Berlins.

Tagesordnung: 1. Vortrag: Industriewerke und ihre Bedeutung für wirtschaftlichen Kampf. 2. Bericht: 3. Branchenanliegenheiten und Beschreibungen.

#### Nächtigung! Bananenschläger Nächtigung!

Sonntag, den 8. Februar, vormittags 10 Uhr, im Verbandshaus (Zugangsbau), Eintrachtstr. 83-85, Portal 1:

#### Branchenversammlung

famlicher arbeitsloser Bananenschläger.

Sonntag, den 10. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr, im Verbandshaus (Sitzungsaal), Eintrachtstr. 83-85:

#### Branchenversammlung

aller Kolleginnen und Kollegen, welche in Holz-, Holz- und Draht-, sowie Papierfabriken beschäftigt sind.

Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage und der Fortschritt der Unternehmer auf die Rechte der Arbeiter. Referent: Kollege Otto Gluck. 2. Anliegen der Holz- u. Drahtbedingten in unserer Branche?

#### Zur Beachtung!

Eine ganze Anzahl Vertrauensleute hat ihre Legitimationskarte dem Bezirksleiter noch nicht abgeholt. Sie müssen wiederholt darauf aufmerksam, daß die gültigen Legitimationskarten ihre Gültigkeit verlieren, wenn die Vertrauensleute nicht vorher ersuchen, um die Legitimationskarte zu erhalten, um die neue Legitimationskarte von ihrem zuständigen Bezirksleiter in Empfang zu nehmen.

#### Die Ortsverwaltung.

#### Möbelfabrik „Zukunft“

Sonntag, den 27. Februar, nachm. 4 Uhr, im Geschäftszentral, Franzfurter Allee 207:

#### Generalversammlung

Die Bilanz liegt dort zur Einsicht aus.

Tagesordnung: 1. Bilanz 2. Rechnungen 3. Anträge und Beschreibungen. Der Vorstand: **Wickroth**, Rabru.

#### Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Panlow

Bekanntmachung! Das Verbandsmittel Karl Wittmer ist am 28. Januar 1924 verstorben. — Wie seine Stelle ist aus der Mitte der gewählten Ehrenmitglieder der Schiedsrichter **Wibitz**: **Siedler**, Berlin-Panlow, Weisenferstr. 22, 101/17.

Berlin-Panlow, den 4. Februar 1924. Der Vorstand: **C. Gütig**, Buchhalter.

Tieferschüttel hat uns die Kunde von dem Hinscheiden unseres treuen Mitgliedes und langjährigen Kampfgenosse

## Franz Krüger.

Nicht nur unsere Organisation, vielmehr die gesamte freigewerkschaftliche Angestelltenbewegung verliert in ihm einen ihrer eifrigsten und getreuesten Vorkämpfer. In frühem Lebensalter bereits widmete er sich unserer Organisation und in besonderem Maße wandte er sich der Jugendbewegung zu. Bald stand der Entschlafene in unserem Verbande auf verantwortungsvollem Führerposten. Als Redner war er ein überzeugender Agitator; sein abwegendes, überlegtes Handeln machte ihn zu einem besonders schätzenswerten Mitstreiter. So erwarb er sich Freundschaft, Achtung und Vertrauen in unserem Kreise, durch das er im Jahre 1914 zum Geschäftsführer unserer Ortsgruppe Groß-Berlin gewählt wurde. Nach Aufgabe dieses besoldeten Amtes wurde ihm das höchste Ehrenamt unseres Verbandes anvertraut durch seine Wahl zum Obmann unseres Verbandsbeirates. Seinen stets bescheidenen Rat wird unser Verband in dieser wichtigen Körperschaft künftig entbehren müssen.

In unseren Verband reist so der Tod unseres Kameraden Franz Krüger eine tiefe Lücke. Ihn und sein Wirken werden wir stets in ehrender Erinnerung behalten und seiner in Dankbarkeit gedenken.

Zentralverband der Angestellten.  
Der Vorstandsvorsitzende.

### Kartell der Zigaretten-Industrie

Am Freitag, den 8. Februar 1924, nachmittags 5 Uhr, in den „Germania-Sälen“, Chausseestrasse 110:

### Grosse öffentl. Versammlung

aller in d. Zigaretten-Industrie beschäftigten Angestellten u. gewerblichen Arbeitnehmer

Tagesordnung: Die Auslegung der Verordnung über die Arbeitszeit von Seiten der Arbeitgeberverbände der Zigaretten-Industrie. Referent: Kollege Kasper, Geschäftsführer des Zentralverbandes der Angestellten.

Das Erscheinen sämtlicher Arbeitnehmer ist unbedingt erforderlich.

Schüler und Weberversteher!

Keine helle Kernseife kg. 85 Pf.

Geleitensstr. 20, Hofstr. 11.

Stellenangebote!

Stellen im Vorwärtsbesteachtung!

Alexanderplatz 2, I. Dessen, Zigaretten, Zigarren u. Tabake.

### KLEINE ANZEIGEN

John Wolf & Co. Goldmet.

Ausgaben, welche für die

Wohnung! Niederbrunn 9.,

Verf. 9., Sofa 7., Schreibtisch 18.,

W. 15., Räder 12., Bettstellen,

komplett, 6., Kleingewand in

Einrichtungen sowie Schloß, Speise-

zimmer, Herrenzimmer, komplette

Einrichtungen und Einrichtungs- bis zum

Wappstein, Badungsanfertigung, Gold-

schmuck, Kleiderstoffe, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

### Zigaretten,

Zigarren, Tabak

Adolf Nagel

1, Hermannplatz 6

Holländ.

„Ein neuer Geist“

Dies. hat. Verdienst-

mögl. hat Broschür,

ernalten Vorwärts-

sirebende und

Erfinder

ratis geg. Rückpr.

F. Erdmann & Co.

Berlin, Köpenickerstr. 71.

Verkauf! Niederbrunn 9.,

Verf. 9., Sofa 7., Schreibtisch 18.,

W. 15., Räder 12., Bettstellen,

komplett, 6., Kleingewand in

Einrichtungen sowie Schloß, Speise-

zimmer, Herrenzimmer, komplette

Einrichtungen und Einrichtungs- bis zum

Wappstein, Badungsanfertigung, Gold-

schmuck, Kleiderstoffe, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

# HALPAUS.

## CIGARETTEN

### NEUE PREISE

Rarifät Nr. 200 = 4 Pf	
Rarifät-Special 5 Pf	Rarifät-Extra 6 Pf
Rarifät-Delikat 7 Pf	Rarifät-Luxus 8 Pf
Halpaus-Privat 10 Pf	Halpaus-Medoc 15 Pf

Trotz Preisermäßigung unverändert in ihrer unübertroffenen Qualität!

SCHWARZ

### Arbeitsmarkt

Bodilyerinnen, gelbe verlanget

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

### Musikinstrumente

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

### Heim-

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

### KLEINE ANZEIGEN

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,

100, 100, 100, 100, 100, 100,